

**Bundesminister Brandt, z.Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13874/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 965**  
**Delegationstelegramm Nr. 3**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 7. August 1967, 09.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 7. August 1967, 10.57 Uhr**

Bitte sofort Bundeskanzler vorlegen.

Der Besuch, den ich dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Nicolae Ceausescu, am 5. August auf seinem Landsitz abstattete, war das politisch wichtigste Ereignis meines Rumänien-Aufenthaltes. Schon die Gesprächsdauer von 5 ½ Stunden (wobei die Diskussion auch beim Essen nicht an Intensität nachließ), aber auch das außergewöhnliche Interesse, das Ceausescu an Einzelfragen zeigte, lassen erkennen, daß die rumänische Seite diesem Besuch und der Intensivierung der deutsch-rumänischen Beziehungen ganz besondere Bedeutung beimißt.<sup>2</sup>

- 1) Ceausescu befaßte sich zunächst mit den bilateralen Beziehungen, die er als gut und für beide Seiten vorteilhaft bezeichnete. Besonderes Gewicht maß er den Handelsbeziehungen bei, wobei er zum Ausdruck brachte, daß er deutsch-rumänische Kooperationsprojekte für sehr geeignet halte, den Ausgleich des rumänischen Defizits herbeizuführen. Die verschiedenen wirtschaftlichen Systeme brauchten kein Hinderungsgrund zu sein. Rumänien habe keine Vorurteile und habe keine Angst, da es gute Arbeitskräfte und gute Betriebe besitze, seien alle Voraussetzungen für eine fruchtbare Kooperation gegeben. Rumänien gehe bei seinen Beziehungen zu allen Ländern von den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung aus; diese Prinzipien wende es auf alle Gebiete an.
- 2) Das Gespräch drehte sich sodann um die Rolle der kommunistischen Parteien in der westlichen Welt. Ceausescu vertrat die Ansicht, daß bei einem größeren Teil der Bevölkerung der westlichen Welt völlig veraltete Vorurteile ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1168*

seine Geltung für Berlin (West) sichergestellt wurde. Vgl. dazu das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 10. August 1967 an die Vertretung des Landes Berlin beim Bund; Referat III A 6, Bd. 266.

Das Abkommen trat am 25. Oktober 1967 in Kraft, nachdem es der Alliierten Kommandantur Berlin vorgelegt worden war.

1 Ablichtung.

2 Im Rückblick bewertete Willy Brandt dieses Gespräch wie folgt: „Ceausescu hielt sich in seiner großzügigen, gut bewachten Villa am Schwarzen Meer auf. Er sprach nicht nur nachdrücklich über neue Formen der Kooperation, sondern verwandte seine Beredsamkeit auch darauf, mich zu einer Weiterentwicklung unserer Ostpolitik zu ermuntern. [...] In starkem Maße kamen bei den Gesprächen rumänisches Nationalbewußtsein und Bemühen um eine unabhängige Politik zum Ausdruck, für die die Rumänen Partner suchten. Gleichzeitig wurde mit Schärfe alles abgelehnt, was die Unterordnung unter Supermächte fordern, deren Einfluß verstärken oder die Machtmöglichkeiten der Blöcke vergrößern könnte. [...] So souverän er dem Außenminister befahl, für Essen zu sorgen, ging er mit der Zeit um; nach sieben Stunden endete dieses denkwürdige Gespräch.“ Vgl. BRANDT, Begegnungen, S. 229f.

genüber den kommunistischen Parteien vorhanden seien; aber auch die kommunistischen Parteien müßten ihre starre Haltung ändern und auf einige antiquierte Dogmen verzichten. Er beklagte, daß in der Bundesrepublik nicht die Voraussetzungen für eine legale Tätigkeit der KPD<sup>3</sup> geschaffen würden. Eine Zulassung der KPD würde international vorteilhafte Wirkungen haben und anderen die Möglichkeit nehmen, die Bundesregierung zu diffamieren. Ich setzte C. die rechtliche und politische Problematik auseinander.

### 3) Europäische Sicherheit, Gewaltverzicht und Truppenreduzierungen

C. erkundigte sich sodann danach, welche Möglichkeiten ich für eine Garantie der europäischen Sicherheit sähe. Ich führte aus, daß die Bundesregierung sich nicht auf die Formel der Notwendigkeit der Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz festgelegt habe. Uns interessiere vielmehr die Frage, wie ein europäisches Sicherheitssystem aussehen könne, bei dem als letzte Stufe die Schaffung einer Friedensordnung zu stehen habe. Ich entwickelte sodann unsere Haltung zu den Fragen des Gewaltverzichts, des Atomwaffenverzichts und der Truppenreduzierung.

Zur Frage der europäischen Sicherheit bemerkte C., daß es sich um ein Problem handele, das nicht von einem Tag zum anderen zu lösen sei. Vielmehr sei eine intensive und beständige Aktivität aller europäischen Staaten erforderlich. Irgendwann werde dann auch die Frage nach einer Konferenz auftreten. Bis dahin müßten die europäischen Länder sich einig geworden sein. Besondere Bedeutung messe er bilateralen Gesprächen bei. Man könne, um nicht gleich die Regierungen mit der Angelegenheit zu befassen, auch an bilaterale Kontakte zwischen Parlamentariern denken. Dies könne zur Klärung der Situation beitragen.

Die Problematik, die zwischen der Bundesrepublik und der DDR liege, hemme die Entwicklung in Europa. Man müsse von der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten ausgehen. Dies werde aber nicht immer so bleiben. Rumänen glaube an die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiedervereinigung sei von der Durchführung verschiedener Voraussetzungen abhängig. Vor allem müsse eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden. Unsere ständige Opposition gegen die Teilnahme der DDR an der internationalen Kommunikation hemme die Entwicklung. Wenn er ein Deutscher wäre, würde er sich bemühen, zur Erleichterung der Beziehungen der DDR zu anderen Staaten beizutragen. Dazu gehöre Mut und Initiative. Wenn wir der Meinung seien, daß diese Dinge im Augenblick noch nicht öffentlich gesagt werden könnten, dann könne man doch durch stillschweigende Akte eine Teilnahme der DDR am internationalen Austausch zulassen. Insgesamt könne die Bundesrepublik eine wichtige Rolle für die europäische Sicherheit spielen, wenn sie mutig vorgehe und eine Entwicklung einleite, die ohnehin unvermeidbar sei.

Unser Vorschlag zur Abgabe von Gewaltverzichtserklärungen<sup>4</sup> sei in der vorgeschlagenen Form für die rumänische Seite nicht akzeptabel. Rumänen sei

<sup>3</sup> Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde am 17. August 1956 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten. Für Urteilsformel und -begründung vgl. ENTScheidungen des BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 5, Tübingen 1956, S. 85-393.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung vom 8. Februar 1967 vgl. Dok. 47.

nicht bereit zuzulassen, daß die Sowjetunion eine Erklärung für Rumänien abgebe. Man könne an eine Erklärung denken, die alle europäischen Staaten abgeben müßten oder an eine bilaterale Erklärung. Man habe verstanden, daß unsere Formulierung gewählt worden sei, um die DDR auszuschalten. Es sei jedoch besser, auch für die Aussichten der deutschen Frage, wenn die Erklärung von der DDR und nicht von einem Dritten im Namen der DDR abgegeben würde.

Zur Frage der Truppenreduzierung bemerkte C., daß er mit der deutschen Argumentation übereinstimme. Er sei für Abschaffung der Militärblöcke. Die von diesen gegebenen Garantien seien letzten Endes illusorisch, da im Konfliktfalle die Völker Europas ohnehin die Folgen zu tragen hätten. Die Militärblöcke könnten keine Sicherheit gewährleisten. Auch hier handele es sich um ein Gebiet, auf dem die Bundesrepublik stärkeren politischen Einfluß nehmen sollte.

In der Nichtverbreitungsfrage seien der rumänische und der deutsche Standpunkt sich sehr ähnlich. Die Rumänen wüßten um die Angst vieler Staaten vor einer Atomaufrustung der Bundesrepublik. Die Tatsache des deutschen Verzichtwillens sei daher sehr positiv zu werten. Der Vertrag, der noch immer erhebliche Diskriminierungen enthalte, dürfe nur ein Anfang sein. Auf keinen Fall dürfe die friedliche Nutzung gehindert werden. Rumänien werde sich für einen Vertrag einsetzen, der den Interessen aller Völker Rechnung trage.

4) In der Vietnam-Frage – so meinte C. – könne die Bundesregierung sehr viel mehr tun. Sicher wisse niemand eine Lösung; diese liege allein in den Händen der Amerikaner. Erste Voraussetzung für eine Lösung sei, daß die Bombardierungen eingestellt würden und daß das vietnamesische Volk selbst über sein Schicksal entscheiden dürfe. In diesem Sinne solle die Bundesregierung stärker auf die amerikanische Regierung einwirken. Im Laufe der Zeit würden die Vereinigten Staaten einsichtig werden, wenn sie merkten, daß ihre wichtigsten Verbündeten nicht ihre Meinung teilten. Insgesamt sei es an der Zeit, daß die Bundesrepublik eine aktivere Rolle bei der Lösung der internationalen Fragen spiele. Ich wies in diesem Zusammenhang auf die jüngste deutsche Geschichte hin, die uns Zurückhaltung auferlege. Wir hätten auch aufgrund der Nachkriegshilfe starke Bindungen an die Vereinigten Staaten, denen wir uns freundschaftlich verpflichtet fühlten. Ferner müßten wir bei unserer Politik die Meinung unserer Öffentlichkeit berücksichtigen.

Die Formel für den Gewaltverzicht sei als Hilfskonstruktion gewählt worden. Die rumänischen Schwierigkeiten hätten wir verstanden. Die Ablösung der NATO sei für uns kein aktuelles Problem, sondern wir stellten uns auf deren Weiterbestand nach 1969 ein. Wir stünden vor der Notwendigkeit, unsere Bündnis- und Entspannungspolitik in ausgewogenem Verhältnis zu halten. Die Bundesregierung mache die Lösung der Deutschlandfrage nicht zur Voraussetzung ihrer Politik der Entspannung und Sicherheit in Europa. Wir könnten aber die SBZ nicht als Ausland bezeichnen. Andererseits bemühten wir uns, einen Modus vivendi zu erreichen. Kontakte zwischen den Parlamenten hielten wir für besonders schwierig. Wir glaubten, daß es aussichtsreicher sei, wenn die Administrationen miteinander zu tun hätten. Man müsse Gebiete finden, auf denen man übereinstimmt. Unabhängig von der Frage der staatlichen Anerken-

nung sei uns daran gelegen, daß die DDR nicht vom Handel und vom kulturellen Austausch ausgeschlossen werde. Wichtig sei es bei allen diesen Fragen, daß dem deutschen Volk die Perspektive, die Hoffnung auf Wiedervereinigung, erhalten bleibe. Wer uns diese Hoffnung nehmen und uns statt dessen einen sterilen Status quo aufzwingen wolle, handle töricht. Es blieben viele Fragen zu lösen, aber man könne mit der Formel des Modus vivendi weiterkommen.

Ich setzte C. außerdem eingehend unsere Haltung zur Grenzfrage auseinander. Dabei fanden meine nachdrücklichen Hinweise auf die Bedeutung einer deutsch-polnischen Aussöhnung sein besonderes Interesse. Ceausescu unterstrich bei seinem improvisierten Trinkspruch bei Tisch erneut die Wichtigkeit, die er den deutsch-rumänischen Beziehungen und ihren Auswirkungen auf die Lage in Europa beimesse. Er forderte uns erneut auf, eine größere Rolle in der internationalen Politik zu spielen.

Die Unterredung hat mir eine willkommene Gelegenheit gegeben, dem wichtigsten rumänischen Politiker unseren Standpunkt zu einer Reihe von grundsätzlichen Fragen eingehend und eindringlich vorzutragen. Sie hat uns gleichzeitig weitere wertvolle Aufschlüsse über die rumänische Haltung geliefert. Die Unterredung dürfte auch deswegen bedeutsam sein, weil anzunehmen ist, daß C. mit anderen kommunistischen Parteiführern über die gleiche Thematik sprechen und dabei möglicherweise aufklärend wirken wird. Über den Gesamtverlauf des Besuches ist ein Kommuniqué vereinbart worden, das heute veröffentlicht werden soll.<sup>5</sup> Der Wortlaut wird getrennt übermittelt.

[gez.] Brandt

**VS-Bd. 4147 (II A 1)**

<sup>5</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1967, S. 721f.

**Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-13877/67 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 513****Citissime****Aufgabe: 7. August 1967, 14.30 Uhr****Ankunft: 7. August 1967, 14.19 Uhr**

Auf Drahterlaß Nr. 254 vom 4.8.1967; AZ: I B 4-82.00-92.19-2360/67 VS-v<sup>1</sup>

Funktionen durch die Botschaft in den von Israel seit dem 5.6.1967 besetzten Gebieten wird nicht allein durch eine Weisung der Bundesregierung ermöglicht, sondern ist auch von der Zustimmung der israelischen Regierung abhängig. Das der Botschaft telegrafisch übermittelte Aide-mémoire<sup>2</sup> trägt diesem Umstand keine Rechnung. Es ist auch zu befürchten, daß die israelische Regierung Aide-mémoire zum Anlaß nehmen könnte, Botschaft um Einholung Exequaturs zu ersuchen. Hierdurch würde unsere rechtliche und tatsächliche Position schwieriger werden als sie es ohne schriftliche Präzisierung Rechtsstandpunktes Bundesregierung sein würde. Um dieser Gefahr wenn möglich vorzubeugen, schlage ich folgende Fassung Aide-mémoires vor:

„Die Bundesregierung hat die deutsche Botschaft in Israel ermächtigt, in den von Israel seit dem 5.6.1967 besetzten Gebieten insoweit konsularisch tätig zu werden, als dies erforderlich ist, um die deutschen Interessen und die Betreuung der in diesen Gebieten lebenden deutschen Staatsangehörigen sicherzustellen. Dies ist notwendig geworden, weil es den deutschen Auslandsvertretungen in der VAR, Jordanien und Syrien derzeit faktisch nicht möglich ist, in dem von Israel besetzten Gebiet konsularische Befugnisse auszuüben. Die Botschaft wäre dem israelischen Außenministerium zu besonderem Dank ver-

<sup>1</sup> In dem am 3. August 1967 konzipierten Drahterlaß wies Ministerialdirigent Böker zuvor geäußerte Bedenken des Botschafters Pauls, Tel Aviv, hinsichtlich der Übergabe eines Aide-mémoires im israelischen Außenministerium zurück und betonte: „Auswärtiges Amt hält an Auffassung fest, daß schriftliche Fixierung unserer Position bezüglich der von Israel besetzten Gebiete den einzigen sicheren Weg darstellt, um Mißdeutungen unserer Haltung vorzubeugen. Dafür spricht auch der Umstand, daß wir im Gegensatz zu den anderen Ländern keine Möglichkeit hatten, unseren diesbezüglichen Standpunkt auf der UNO-Notsitzung darzulegen.“ Vgl. VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 248.

Am 24. Juli 1967 übermittelte Staatssekretär Schütz den folgenden Text: „Die Bundesregierung hat die Deutsche Botschaft in Israel angewiesen, in den von Israel seit dem 5. Juni 1967 besetzten Gebieten vorübergehend insoweit konsularisch tätig zu werden, als dies notwendig ist, um die deutschen Interessen und die Betreuung der in diesen Gebieten lebenden deutschen Staatsangehörigen sicherzustellen. Diese Weisung der Bundesregierung ist erforderlich geworden, weil es den deutschen Auslandsvertretungen in der VAR, Jordanien und Syrien infolge der jüngsten Ereignisse derzeit faktisch nicht möglich ist, in dem von Israel besetzten Gebiet konsularische Befugnisse auszuüben. Die Botschaft ist beauftragt, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die Bundesregierung mit ihrer Weisung an die Botschaft in Tel Aviv lediglich den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Rechtliche Folgerungen in bezug auf die Haltung der Bundesregierung zu dem territorialen Status der von Israel seit dem 5. Juni 1967 besetzten Gebiete können hieraus nicht gezogen werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 241 vom 18. Juli 1967; VS-Bd. 5653 (V 2); B 150, Aktenkopien 1967.

pflichtet, wenn es der Botschaft die zur mehrmaligen Einreise in die fraglichen Gebiete erforderlichen Genehmigungen zu obigen Zwecken erteilen würde.<sup>3</sup>

Die der deutschen Botschaft in Tel Aviv von der Bundesregierung erteilte Ermächtigung zur Ausübung konsularischer Befugnisse soll den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen, ohne daß aus ihr rechtliche Folgerungen in bezug auf den territorialen Status der von Israel besetzten Gebiete gezogen werden können.<sup>4</sup>

[gez.] Pauls

**VS-Bd. 2567 (I B 4)**

**295**

**Botschafter Müller-Roschach, Lissabon,  
an Bundesminister Brandt**

**Z B 6-1-17/67 streng geheim  
Fernschreiben Nr. 140**

**Aufgabe: 8. August 1967, 16.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 8. August 1967, 19.00 Uhr**

Für Bundesaußenminister.

Da die Vorbereitung der für Ende September/Anfang Oktober angesetzten und nach Wortlaut der bestehenden Verträge unumgänglich persönlich zu führenden Gespräche der beiden Verteidigungsminister<sup>2</sup> in die Zeit meiner Dienstreise nach Angola und Moçambique fallen dürfte, nehme ich zu dem Fragenkomplex der deutsch-portugiesischen militärischen Zusammenarbeit vor Antritt dieser Reise Stellung. Ich bin dazu erst jetzt einigermaßen imstande, nachdem die Botschaft vor einigen Tagen die von mir seit meinem Dienstantritt<sup>3</sup> immer wieder erbetenen Texte der bestehenden militärischen Vereinbarungen<sup>4</sup> erhalten

<sup>3</sup> Am 11. August 1967 erteilte Ministerialdirigent Frank die Zustimmung zu der von Botschafter Pauls, Tel Aviv, vorgeschlagenen Fassung und erbat einen Bericht nach der Übergabe des Aide-mémoires im israelischen Außenministerium. Vgl. dazu Drahterlaß Nr. 257; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Das Aide-mémoire wurde am 15. August 1967 dem Deutschlandreferenten im israelischen Außenministerium übergeben. Dover zeigte sich überzeugt, daß die israelische Regierung Verständnis für die Haltung der Bundesregierung haben werde und äußerte die Hoffnung, „der Botschaft schon bald die erbetenen Einreisegenehmigungen in die fraglichen Gebiete zuleiten zu können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 541 des Botschaftsrats I. Klasse Török, Tel Aviv, vom 16. August 1967; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Frank am 10. August 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schwörbel und Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Schwörbel am 10. August und Meyer-Lindenberg am 14. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des portugiesischen Verteidigungsministers Gomes de Araújo vom 20. bis 24. November 1967 in Bonn und zu seinen Gesprächen mit Bundesminister Schröder vgl. Dok. 421.

<sup>3</sup> Herbert Müller-Roschach war seit 14. Mai 1966 Botschafter in Lissabon.

<sup>4</sup> Dazu führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel bereits am 22. April 1966 aus, daß die deutsch-portugiesische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet durch Abkommen geregelt wer-

ten hat, und mir auch die streng geheimen Texte von General von Lillienskiold nach Absprache AA/BMVtg zugänglich gemacht wurden.<sup>5</sup>

I. Deutsch-portugiesische militärische Zusammenarbeit beruht auf einer Gesamtheit von 21 Abkommen, Vereinbarungen und Zusatzabkommen, die in der Zeit vom 15.1.60 bis 24.3.66 von den Verteidigungsministern beider Länder (1962 von Ministerpräsident Salazar, der damals zugleich Verteidigungsminister war) unterzeichnet wurden, für die Friedenszeit gelten oder für drohende Kriegsgefahr und bei einer Verschlechterung der internationalen Lage zum Zuge kommen sollten, sehr umfassend sind und sich auf einige wesentliche Gebiete der Logistik und militärischen Infrastruktur beziehen: Gegenseitige Benutzung der militärischen Einrichtungen, vor allem der Marine- und Luftwaffenstützpunkte sowie der Reparatureinrichtungen; Errichtung und Benutzung eines neuen Luftwaffenstützpunktes Beja zu Ausbildungs- und logistischen Zwecken, wobei Übungen und Bordwaffenbeschuß, Bombenabwürfe usw. ausdrücklich ausgeschlossen wurden; Benutzung der nationalen und internationalen Fernmeldeverbindungen des portugiesischen Fernmeldenetzes und Errichtung eines eigenen Fernmeldezentrums in Evora; Errichtung einer Reservelazarettbasis von 9 Reservelazarettgruppen, von insgesamt mehr als 20 Lazaretten zur Versorgung der in Portugal stationierten Bundeswehrangehörigen und des von uns beschäftigten portugiesischen Personals, wobei Teile der Einrichtung in Friedenszeiten von portugiesischer Regierung benutzt werden können; Betrieb und Benutzung eines Lagers für Vorräte an Rüstungsgütern (außer Munition); Mitbenutzung des Hafens Setubal als Umschlag- und Lagerplatz sowie Nothafen anlage für Kriegsfall und als Übungsanlage im Frieden (streng geheim); Instandsetzung, Überholung, Inspektion von Flugzeugen und Luftwaffengerät in Alverca; gemeinsame Produktion von Rüstungsgütern und Verschiffung von Rüstungsmaterial (streng geheim); Errichtung eines Wohnbereichs Beja außerhalb des Flugplatzes für die Unterbringung des gesamten deutschen Personals für alle deutschen Einrichtungen in Portugal.

Stärke und Rechtsstellung des deutschen in Portugal zu stationierenden Personals sind vereinbart. Beschäftigung von 50% portugiesischen Personals in bestimmten Diensten sowie Verbesserung der technischen Ausbildung für anderes portugiesisches Militär- und Zivilpersonal wurden zugesichert und die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1174*

de, die „in die Form von Verwaltungsvereinbarungen zwischen den beiden Verteidigungsministrien gekleidet und ohne Beteiligung des Auswärtigen Amts abgeschlossen worden“ seien. Schwörbel betonte: „Ob diese Form rechtswirksam ist, erscheint zweifelhaft, da der Inhalt zum Teil Geheimstände betrifft, die im Wege eines Staatsabkommen hätten behandelt werden müssen. Es entsprach jedoch zur Zeit des Abschlusses dieser Vereinbarungen dem politischen Interesse der Bundesregierung, diesen Vereinbarungen keine unnötige Publizität zu geben.“ Bis auf wenige Ausnahmen seien die Abkommen und Vereinbarungen im Auswärtigen Amt nicht vorhanden. Vgl. VS-Bd. 2846 (Abt. I); B 150, Aktenkopien 1966.

5 Zur Durchführung der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet wurde in Lissabon eine „Zentrale Deutsche Verbindungsstelle Portugal“ (ZDVP) gegründet, die Brigadegeneral von Lillienskiold unterstand. Sie regelte „alle sich aus den Vereinbarungen ergebenden Fragen in Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Verteidigungsministerium“. Grundsätzlich war der Leiter der ZDVP dazu verpflichtet, „den jeweiligen Militärrattaché bei der Botschaft in geeigneter Weise zu unterstützen, zu beraten und zu unterrichten“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel äußerte jedoch am 22. April 1966: „Wie weit dieses System funktioniert, [...] dürfte fraglich sein, wenn man das militärische Verhältnis des Militärrattachés im Rang eines Oberstleutnant zu dem Leiter der ZDVP im Rang eines Brigadegenerals in Erwägung zieht.“ Vgl. VS-Bd. 2846 (Abt. I); B 150, Aktenkopien 1966.

Einrichtung einer Zentralen Deutschen Verbindungsstelle mit einer normalen Gesamtstärke von 160 Personen zur Durchführung der Abkommen und im Verteidigungsfall als obere deutsche Kommandobehörde festgelegt.

Die Vereinbarung über die Nutzung der Luftwaffenbasis Beja „im Rahmen der vereinbarten Ausbildungs- und logistischen Zwecke“ – wobei ein Teil von der portugiesischen Luftwaffe benutzt und betrieben werden wollen – wurde vor etwas mehr als einem Jahr, nämlich am 24.3.66 – zugleich mit dem Abkommen über die Errichtung der zentralen deutschen Verbindungsstelle – unterzeichnet.<sup>6</sup> Alle Abkommen traten mit Unterzeichnung in Kraft.

II. Nach Drahterlaß Nr. 80 vom 28.7. (AZ: I A 4-84.00-94.21-1177<sup>1</sup>/67 geh.)<sup>7</sup> hat Bundesverteidigungsminister<sup>8</sup> die fast völlige Liquidierung aller Projekte beschlossen. Lediglich Projekt Nothafen Setubal für Kriegsfall (streng geheim) und – verstärkte – Instandsetzung von Triebwerken in staatlichen portugiesischen Werkstätten (Alverca) sollen aufrechterhalten bleiben. Portugiesen sind von Entscheidung, die noch Zustimmung des Bundeskanzlers und wahrscheinlich auch des Bundesverteidigungsrates „bedürfe“, noch nicht unterrichtet. Der mir angekündigte MD Wirmer vom BMVtg<sup>9</sup>, der mich aufsuchte, bestätigte diesen Drahterlaß im wesentlichen, erklärte aber einschränkend, daß Bundesverteidigungsminister noch keine endgültige Entscheidung getroffen habe, daß deutsches Interesse am Flugplatz Beja in Kriegszeiten als Umschlagplatz fortbestehe und daß weitere Aufträge an portugiesische Rüstungsproduktionsbetriebe (wir haben anscheinend bisher von Portugal reine Rüstungsgüter im Werte von 680 Millionen bezogen) völlig fortfielen.<sup>10</sup>

III. Als Gründe für diese Liquidierung der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit werden mir angegeben: veränderte strategische Konzeption, auf Grund deren zurückliegende Basen nicht mehr benötigt werden<sup>11</sup>, und die Probleme des Verteidigungshaushalts<sup>12</sup>.

<sup>6</sup> Referat II A 7 stellte dazu am 27. Juli 1965 fest, daß das Projekt einer Luftwaffenbasis bei Beja auf ein Abkommen vom 16. Dezember 1960 zurückging. In dieser Aufzeichnung wurde bereits die Tätigkeit der Zentralen Deutschen Verbindungsstelle in Lissabon erwähnt. Vgl. VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>7</sup> Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank vgl. VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Gerhard Schröder.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Frank informierte Botschafter Müller-Roschach, Lissabon, am 28. Juli 1967, daß Ministerialdirektor Wirmer von Bundesminister Schröder zum „Sonderbeauftragten für die Angelegenheiten der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung“ ernannt worden sei. Vgl. den Drahterlaß Nr. 80; VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Am 5. Oktober 1967 äußerte sich Vortragender Legationsrat I. Klasse Soltmann zu der Frage, ob die Einschränkung der militärischen und logistischen Zusammenarbeit mit Portugal durch das Angebot „zusätzlicher kommerzieller Lieferung von Rüstungsgütern“ kompensiert werden könne. Er vertrat die Ansicht, daß ein solcher Ausgleich nicht möglich sei, vor allem aufgrund des weiterhin ungeklärten Problems des Endverbleibs der gelieferten Ausrüstungsgegenstände. Auch die Überlegung, den Flugplatz Beja als Trainingsplatz durch die Deutsche Lufthansa nutzen zu lassen, habe wenig Aussichten auf Verwirklichung, da diese ihren bisherigen Übungsplatz in Arizona nicht aufgeben wolle. Vgl. VS-Bd. 2450 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 27. Juli 1967 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel die folgende vom Bundesministerium der Verteidigung gegebene Begründung für die Aufgabe des Flughafens Beja: „Das Projekt Beja habe anfangs unter anderen Vorzeichen gestanden. Man habe 1960 mit einer Verdoppelung der deutschen Luftwaffe bis Ende der 60er Jahre gerechnet und eine strategische Konzeption gehabt, die eine weit zurückliegende logistische Basis gefordert hätte. Tatsächlich sei die Luftwaffe nicht in dem geplanten Maße verstärkt worden; die heutige strategische Konzeption gehe ferner von einem relativ kurzen konventionellen Krieg aus, der ein Zurückgreifen auf Basen

IV. Portugal ist ein kleines Land, das in seiner Finanzgebahrung sowie bei seiner Wirtschafts- und Außenhandelspolitik scharf rechnen muß. Militärische Sicherheit sowie Entwicklung der Infrastruktur und des Erziehungswesens in den Überseeprovinzen Angola und Mosambik einerseits sowie Industrialisierung und Modernisierung seiner Wirtschaft auf dem europäischen Festland andererseits beherrschen um den Preis eines niedrigen Lebensstandards und schlechter Sozialleistungen alle Planungen, die nicht für die Gesamtwirtschaft und in den regionalen Bereichen bestehen und gemacht werden. Die reinen Verteidigungsausgaben betragen 41,2 bis 50 Prozent des Gesamthaushalts und 7,45 Prozent des Sozialprodukts. Im Außenhandel ist Portugal auf das äußerste darauf ausgerichtet, daß Handelsbilanzdefizite durch Aktivsalden aus der Kapital- und Dienstleistungsbilanz ausgeglichen werden müssen oder durch Einflußnahme bei der Vergabe der großen Investitionsgüteraufträge, die im Zuge der Industrialisierung vergeben und die zukünftige Marktstellung der Industriestaaten hier entscheidend beeinflussen werden, am Entstehen verhindert werden.

V. Die geplante fast völlige Liquidierung der militärischen Zusammenarbeit würde Portugal schwer treffen, wirtschaftlich und finanziell, insgesamt und regional, besonders wegen des Flugplatzes Beja, des Wohnbezirks Beja und des Fortfalls der Rüstungsaufträge. Man hat sich hier in der Planung auf die Projekte der militärischen Zusammenarbeit mit uns eingerichtet, denen Verträge mit einer Mindestlaufzeit bis 1972 zugrunde liegen und die, wie der Vertrag über die Nutzung von Beja erst im vergangenen Jahr oder über die Einrichtung des Fernmeldezentrum Evora im Jahre 1965 abgeschlossen worden sind. Am schwersten getroffen würden die Portugiesen aber in ihrem Vertrauen zu uns und in ihrer Politik verlässlicher Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland in ihren wesentlichen politischen Interessen.

VI. Eine einseitige Liquidierung würde nach meiner Überzeugung unsere Beziehungen in ihrem Kern treffen und sie zerstören. Ich kann daher nur davor warnen. Wir haben in den 21 Abkommen ein Bündel von völkerrechtlichen oder politischen Verpflichtungen gegenüber Portugal übernommen, die wir nicht mit dem juristischen Argument hinfällig machen können, es handele sich bei dem Vertragssystem um reine „Gestaltungsverträge“. Überdies würde uns eine Berufung auf die clausula rebus sic stantibus bei unserem notwendigen Bemühen, international wieder vertragswürdig zu werden, schlecht anstehen, und würde uns nicht nur in Portugal, sondern bei allen westlichen Verbündeten schaden. Diese „Drittewirkung“ sollten wir nicht geringschätzen. Im übrigen möchte ich bemerken, daß sich die strategischen Konzeptionen der NATO seit ihrem Bestehen oft gewandelt haben, und niemand vorauszusagen vermag, wie sie im Jahre 1972 aussehen werden. Die überragende Bedeutung der USA für die Sicherheit Deutschlands aber ist immer bestehen geblieben und besteht auch heute unverändert fort. Ich meine, daß auch die militärische strategische Bedeutung Portugals für unsere Verbindungswege zu unserem wichtigsten Verbündeten USA für uns unverändert geblieben ist und bleiben wird.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1176*

außerhalb der Bundesrepublik überflüssig oder besser unnötig mache.“ Vgl. dazu VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

12 Zum Beschuß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

VII. Wenn die fast völlige Liquidierung der Projekte zum Ziel von Verhandlungen gemacht werden soll, werden wir uns auf schwere Rückschläge in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, auf konkrete Schadensersatzforderungen und vielleicht auch auf emotionale Reaktionen gefaßt machen müssen, durch welche die bevorstehenden Abmachungen in das internationale Scheinwerferlicht geraten könnten. Unser Verhandlungspartner wird politisch allein Ministerpräsident Salazar sein, der in der Vergangenheit z.B. bei Verhandlungen mit Briten und Amerikanern über Militärbasen bewiesen hat, mit welcher Härte er portugiesischen Standpunkt vertreten und durchsetzen kann. Eine Eindämmung des Schadens scheint mir nur möglich, wenn bei solchen Verhandlungen entweder die Verträge unangetastet bleiben und lediglich eine Hinausschiebung oder Verringerung von finanziellen Leistungen und weiteren Aufträgen angestrebt wird oder wenn wir im Zuge einer Generalbereinigung aller militärischen Vereinbarungen vitale portugiesische Interessen auf anderen Gebieten befriedigen könnten oder wollten.

VIII. Außenminister Franco Nogueira hat mehrmals, zuletzt bei dem Höflichkeitsbesuch von Herrn StS Lahr<sup>13</sup>, den Hauptakzent auf die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt, zu der ich mich mangels ausreichender Information nicht äußern kann. Im übrigen schien er einem Moratorium für die Durchführung der Projekte aufgeschlossen zu sein.

IX. Anrege Gutachten von Abt. V über unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Vertragssystem.

Falls meine Auffassung zu weiteren Punkten gewünscht werden sollte, bin ich über die Botschaft Lissabon, die chiffrierten Telegrammverkehr mit den Konsulaten Lourenço Marques und Luanda hat, zu erreichen. Auch telefonische Verbindungen können von der Botschaft mit mir in den Überseeprovinzen kurzfristig hergestellt werden. Meine Rückkehr nach Lissabon ist für den 10. September vorgesehen.

Zusatz für Ministerbüro: Telegramm könnte dort als „geheim“ eingestuft werden, wenn die von mir als „streng geheim“ gekennzeichneten Stellen dort herausgenommen werden.<sup>14</sup>

[gez.] Müller-Roschach

**VS-Bd. 2846 (I A/I B)**

<sup>13</sup> Staatssekretär Lahr hielt sich am 10./11. August 1965 in Portugal auf. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 51.

<sup>14</sup> Mit Aufzeichnung vom 16. August 1967 regte Ministerialdirektor Ruete an, Bundesminister Brandt solle Bundesminister Schröder „eine auszugsweise Abschrift dieses Drahtberichts“ übermitteln, und fügte eine „geheim“ eingestufte Abschrift der Punkte IV bis VIII bei. Ruete machte weiterhin darauf aufmerksam, daß das Bundesministerium der Verteidigung beabsichtigte, noch vor dem Besuch des portugiesischen Verteidigungsministers Gomes de Araújo in Bonn den Bundesverteidigungsrat mit der „geplanten Reduzierung der deutsch-portugiesischen militärischen Zusammenarbeit“ zu befassen. Daher sollten „die geplanten Maßnahmen“ vor diesem Zeitpunkt „weder offiziell noch informell“ mit portugiesischen Stellen erörtert werden. Vgl. VS-Bd. 931 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 3. November 1967 entschied der Bundesverteidigungsrat über die militärische Zusammenarbeit mit Portugal. Vgl. dazu Dok. 369, Anm. 8.

**Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt****I A 4-81.10/0-94.30-2466/67 VS-vertraulich****8. August 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Unterredung mit Msgr. Casaroli und Msgr. Felici am 4. August 1967

I. Der Papst<sup>2</sup> hat seine Sommerresidenz in Castelgandolfo bezogen. Auch die meisten Beamten des Staatssekretariats sind in Ferien gegangen.

Mitten in der Stadt kann man am hellen Tage ohne weiteres parken. Die großen Plätze mit ihren Streifen am Boden sind wegen der Sommerhitze leer. Nur um die Sehenswürdigkeiten drängen sich die Autobusse aus ganz Europa. Der Petersplatz ist voller denn in irgendeinem anderen Monat.

Auch auf die glühendheißen Fenster des Damasushofes hat sich sommerliche Stille gelagert. Meist ist nur einer der beiden großen Lifte in Betrieb, der dekorative Polizist im 3. Stock ist verschwunden<sup>3</sup>, im Vorzimmer tun nur noch 2 statt 4 bis 5 Mann Dienst, die Empfangsräume haben im Gegensatz zu den Büroräumen keine Klimaanlage, so daß alle Gespräche bei der Hitze langsamer werden. Diese Hitze wird zum Hauptthema aller Gespräche und legt sich wie ein Schleier auf alle Probleme.<sup>4</sup>

Dabei liegen viele Fragen in der Luft. Wird die längst geplante Kurienreform noch im August kommen?<sup>5</sup> Wird Kardinalstaatssekretär Cicognani nach seiner Reise nach Lateinamerika Mitte August zurücktreten? Wird Kardinal Dell'Acqua oder Kardinal de Furstenberg sein Nachfolger? Geht Unterstaatssekretär Angelo Felici gerne als Nuntius nach Den Haag? Wer wird sein Nachfolger? Wird sich das Gerücht vom neuen „Finanzminister“ Dell'Acqua bewahrheiten? – Ist man im Vatikan mit dem Erfolg der Türkei-Reise des Papstes zufrieden?<sup>6</sup> Wird der Papst die im Vatikan propagierte Internationalisierung von Jerusalem<sup>7</sup> weiter verfolgen? Wird er Israel als Staat anerkennen?

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schwörbel und Vortragendem Legationsrat Sanne am 14. August 1967 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer am 15. August 1967 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 17. August 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Warum nur VS-Vetr[aulich]“?

2 Paul VI.

3 Dazu handschriftlicher Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff: „Wohin?“

Dazu bemerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel handschriftlich: „Hoffentlich ist ihm nichts passiert.“

4 Der Passus „Der Papst hat ... alle Probleme“ wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schwörbel hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Wozu das?“

5 Am 15. August 1967 wurde die Apostolische Konstitution „Regimini Ecclesiae Universae“ über die Reform der römischen Kurie verkündet. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschaftsrats I. Klasse Jaeschke, Rom (Vatikan), vom 23. August 1967; Referat I A 4, Bd. 374.

6 Papst Paul VI. hielt sich am 25./26. Juli 1967 in der Türkei auf und traf sich u. a. mit dem orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel, Athenagoras. Die Frage der Bewertung dieses Besuches beantwortete Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), bereits mit Schriftbericht vom 3. August 1967, in dem er konstatierte: „Im Vatikan wird eine allgemeine Befriedigung über den Verlauf der Reise Papst Pauls VI. in die Türkei gezeigt.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 374.

7 Am 26. Juni 1967 führte dazu Papst Paul VI. während des geheimen Konsistoriums vor den Kardinälen aus: „Ierusalem, urbs sancta, in aevum omne id debet manere quod revera est: civitas Dei,

Wird er bald einen neuen Vorstoß in der Vietnam-Frage machen? Wird er gar nach Moskau reisen?

II. Die Antworten, die mir der neue Leiter der Abt. I (für außerordentliche Angelegenheiten) Erzbischof Casaroli, geben konnte, sind mager:

- Die Kurienreform wird mehr formal als substantiell sein. Ob sie noch im August verkündet wird, ist noch nicht entschieden.
- Ob und wann Cicognani zurücktritt und wer sein Nachfolger wird, ist noch unsicher.
- Msgr. Felici wäre wegen seiner hohen theologischen Bildung für den schwierigen Posten im reformerischen Holland sehr geeignet. Sein bisheriger Posten werde wohl nicht mehr besetzt. Früher habe es auch nur einen Unterstaatssekretär gegeben.
- Mit dem Erfolg der Türkei-Reise ist man zufrieden und glaubt, vor allem dem Patriarchen Athenagoras geholfen zu haben. Als Höhepunkt der Reise wird das historische Zusammentreffen der Kirchenoberhäupter und das Gebeet des Papstes in der Hagia Sophia gewertet.
- Was Jerusalem angehe, so habe der Papst nur von einem besonderen Status mit internationaler Garantie gesprochen (Siehe dazu den eigenen Bericht über das Memorandum vom 3. August).
- Im übrigen könne mir vielleicht Msgr. Felici, der vor 3 Wochen in Jerusalem war, einige Details von seiner Informationsreise erzählen.
- Alles andere seien nur Gerüchte, über die man heute nichts sagen könne.

Bei den Fragen, die sich auf Deutschland beziehen, wurde Msgr. Casaroli konkreter:

Als ich ihm sagte, eine Flüchtlingswochenzeitung der Bundesrepublik habe kürzlich von neuen Vorstößen der Polen wegen der Einsetzung von ordentlichen Bischöfen statt der Apostolischen Administratoren<sup>8</sup> geschrieben, meinte er, davon könne keine Rede sein, und er habe gar nichts Derartiges gehört.

Bezüglich der Schulfrage in den einzelnen deutschen Ländern<sup>9</sup> zeigte er sich gut unterrichtet und wies auf zwei Grundtatsachen hin:

1) Natürlich könne jeder einzelne katholische Christ in bezug auf die Erziehung seiner Kinder seine Meinung je nach den Zeitumständen ändern. Die Linie zur Gemeinschaftsschule sei deutlich erkennbar.

2) Wenn aber, wie bei Deutschland, rechtlich bindende Abmachungen in einem Konkordat<sup>10</sup> festgelegt seien, müsse man sich daran halten, solange dies Gelten habe. Im übrigen würden diese Schulfragen ja wohl besser an Ort und

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1179*

liberum refugium, ubi pax vigeat ac precationes fiant, locus, quo cuncti homines possint convenire, ubi mentes erigant, studeant concordiae; quam ob rem propriis legibus regatur oportet agnitis ab omnibus nationibus " Vgl. den Drahtbericht Nr. 49 des Botschafters Sattler, Rom (Vatikan); I B 4, Bd. 286.

8 Zur Kirchenverwaltung in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches unter polnischer Verwaltung vgl. Dok. 180.

9 Vgl. dazu etwa die Schulreform in Baden-Württemberg; Dok. 22, Anm. 1.

10 Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679-690.

Stelle mit den zuständigen Bischöfen verhandelt. Nur im Notfall oder am Schluß könne man an eine Sitzung in Rom denken.

III. Ein anschließendes Gespräch mit Msgr. Felici ergab, daß er – es klang nicht ganz glaubwürdig – jetzt gerne nach Holland gehe, zunächst aber in Urlaub. In der zweiten Septemberhälfte wäre dann seine Bischofsweihe, zu der er mich einladen werde.

Von Jerusalem erzählte er zahlreiche Details, betonte aber den rein informativen Charakter seiner Reise. Am meisten sei er von der großen Zahl jüdischer Pilger aus Israel und anderen Ländern an der Klagemauer beeindruckt gewesen. Im übrigen müsse bald eine Erklärung des Papstes über die Jerusalem-Frage kommen. Sie kam am 7. August mit Datum vom 3.8. (siehe besonderen Bericht).

Alles Übrige wird sich erst nach der Sommerhitze klären, die seit dem 7. August ein wenig nachzulassen scheint.

Sattler

**VS-Bd. 2442 (I A 4)**

297

**Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Carstens,  
Bundesministerium der Verteidigung**

**II A 7-81-04-90.37-2450/67 geheim**

**9. August 1967<sup>1</sup>**

Lieber Herr Carstens!

Das Bundesministerium der Verteidigung hat mit Schreiben vom 13. Juli 1967 – T IV 5 – 90-14-10-42 – Tgb.Nr. 1163/67 geh.<sup>2</sup> – zum südafrikanischen Vorschlag, daß die Bundesrepublik Deutschland sich an der Entwicklung des Flugabwehrlenkwaffensystems „Cactus“ beteiligt<sup>3</sup>, wie folgt Stellung genommen:

„Ich bitte, die Südafrikanische Republik darüber zu unterrichten, daß gegenwärtig keine Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung an der Entwicklung ‚Cactus‘ gesehen werden, weil weder ein Bedarf der Streitkräfte für diese Waf-

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Das Schreiben wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends konzipiert und am 9. August 1967 von Ministerialdirigent Sahn an Staatssekretär Lahr weitergeleitet.

Am 22. August 1967 notierte Legationsrat I. Klasse Blech handschriftlich auf dem Begleitvermerk von Sahn: „Ging das Schreiben in dieser Form ab? Antwort?“ Dazu handschriftlicher Vermerk: „Ja“. Hat gleichfalls laut Begleitvermerk Staatssekretär Schütz am 23. August 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Ruete vermerkte: „Was tut in dieser Frage Frankreich? Haben wir unsere Haltung abgestimmt?“

Hat Ruete am 25. August 1967 vorgelegen, der Referat II A 7 um Rücksprache bat. Für den Begleitvermerk vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7).

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 213.

fe vorliegt, noch Haushaltsmittel in absehbarer Zeit bereitgestellt werden können.

Jedoch besteht Interesse an technischen Informationen über den Fortgang und die Ergebnisse der Entwicklung, um für den Fall, daß sich in der Zukunft dieses System anderer Lösungsversuchen als überlegen erweisen sollte, die Möglichkeit seiner Verwendung bei der Bundeswehr erneut prüfen zu können.“

Das Auswärtige Amt ist der Auffassung, daß unsere politischen Interessen keinerlei rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika erlauben. Ich glaube daher, daß die Verwendung der „Cactus“ bei der Bundeswehr außer Betracht bleiben sollte und daß wir es auch vermeiden sollten, Informationen über dieses Flugabwehrlenkwaffensystem in einer Weise einzuholen, die zu falschen Schlüssen Anlaß geben könnte. Das Auswärtige Amt möchte deshalb davon absehen, die südafrikanische Botschaft um die Erteilung von technischen Auskünften über den Fortgang des Vorhabens zu ersuchen.

Als Anlage übersende ich Ihnen einen Durchdruck der beabsichtigten Antwortnote.<sup>4</sup>

Mit herzlichem Gruß

Ihr<sup>5</sup>  
gez. Lahr

**VS-Bd. 1828 (II A 7)**

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt.

In der Note teilte das Auswärtige Amt mit, daß „die Bundeswehr auf absehbare Zeit keinen Bedarf“ an der Flugabwehrakete „Cactus“ habe „und daß die Bundesregierung auch nicht in der Lage wäre, Haushaltsmittel hierfür aufzubringen“. Vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Am 23. August 1967 wurde handschriftlich auf dem Begleitvermerk des Ministerialdirigenten Sahm vom 9. August 1967 notiert: „1) H[err] St[aats]sekretär Carstens hat mündlich sein Einverständnis mitgeteilt. 2) Note wird heute übergeben.“ Vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Schlußformel handschriftlich.

### Ministerialdirigent Böker, z.Z. Lagos, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-13943/67 VS-vertraulich**

**Fernschreiben Nr. 384**

**Citissime**

**Aufgabe: 12. August 1967**

**Ankunft: 13. August 1967, 11.45 Uhr**

Betr.: Unterredung MDg Böker/Staatschef Gowon

Wurde heute von Staatschef Generalmajor Gowon zu Unterredung empfangen, die entgegen protokollarischer Gepflogenheit fast eine Stunde dauerte.

Trotz der prekären Lage<sup>1</sup> machte Gowon gelösten, sicheren und zuversichtlichen Eindruck. Meine Frage, ob dies bedeutet, daß er hoffe, die Schwierigkeiten bald meistern zu können, bejahte er ohne Vorbehalt. Die Erfolge Biafras in Midwest<sup>2</sup> seien nicht militärischer Natur, sondern Folge des Verrats einiger höherer Ibo-Offiziere, die das Vertrauen des regionalen Militärgouverneurs<sup>3</sup> mißbraucht hätten. Praktisch sei es fast nirgendwo zu Kampfhandlungen gekommen. Das militärische Kräfteverhältnis sei eindeutig zugunsten der Zentralregierung. Man werde einen weiteren Vormarsch der Biafratruppen verhindern können. Die Offensive der Regierungstruppen in der Ostregion werde fortgesetzt. Der Verrat in der Midwestregion bedeute nur einen zeitlichen Rückschlag. Auf Befragen meinte Gowon, daß wohl bis Jahresende die größten Schwierigkeiten überwunden sein dürften.

Von sich selbst sagte er, daß er gegen seinen Willen zunächst in eine politische und jetzt sogar in eine kriegerische Rolle hineingedrängt worden sei.<sup>4</sup> Er betrachte sich als einen „soldier of peace“ und sehne den Tag herbei, wo er wieder von der politischen Bühne abtreten und sich nur der Reorganisation der Streitkräfte widmen könnte.

Mit Bitterkeit sprach Gowon von dem Verrat Ojukwus an seinen Offizierskameraden und an der Einheit Nigerias. Möglichkeiten eines Kompromisses beständen noch immer, aber niemals mehr mit „diesem Mann“. Ojukwu repräsentiere gewisse Ibo-Kreise, für die es nur zwei Alternativen gebe: Ibo-Vorherrschaft in einem straffen nigerianischen Einheitsstaat oder Sezession. Die

<sup>1</sup> Am 30. Mai 1967 hatte sich die Staatskrise in Nigeria so zugespielt, daß sich die mehrheitlich vom Stamm der Ibos bewohnte Ostregion unter Gouverneur Ojukwu als „Republik von Biafra“ für unabhängig erklärte. Präsident Gowon versuchte, die Sezession durch militärisches Eingreifen rückgängig zu machen. Seit Anfang August 1967 befand sich Nigeria im Bürgerkrieg.

<sup>2</sup> Am 10. August 1967 meldete Botschafter Gnodtke, Lagos: „Besetzung bisher vom Bürgerkrieg verschonten Midwest-Region durch Handstreich ostnigerianischer Truppen hat zu Frontverschiebung um 240 Kilometer in Richtung Lagos geführt und Zentralregierung in Bedrängnis gebracht, da fast alle verfügbaren Bundesstruppen auf ostnigerianischem Kriegsschauplatz konzentriert. [...] Botschaft hat noch Sprechfunkverbindung mit Deutschen in den bereits besetzten Städten Benin, Warri, Ughelli und einer küstennahen Baustelle. Funkpartner berichten, daß alle wichtigen Orte im Midwesten fest in Hand Biafratruppen und Ruhe inzwischen wiederhergestellt.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 709.

<sup>3</sup> D.A. Ejoor.

<sup>4</sup> Yakubu Gowon hatte als Generalstabschef der nigerianischen Armee am 1. August 1966 nach einem Militärputsch die Regierung in Nigeria übernommen.

Ibos müßten lernen, sich wie die übrigen Stämme in einem föderativen Staat einzufügen.

Ich überbrachte Gowon den Dank des Herrn Bundespräsidenten für seinen Brief vom 5.6.<sup>5</sup> und für die Botschaft, die Chief Enahoro soeben in Bonn überbracht hatte<sup>6</sup>. Deutschland habe volles Verständnis für gegenwärtige Schwierigkeiten Nigerias. Wir wollten uns in die inneren Auseinandersetzungen keinesfalls einmischen. Wir unterhielten Beziehungen nur zur Zentralregierung<sup>7</sup>, deren Haltung uns gegenüber immer sehr freundschaftlich gewesen sei. Wir hofften, daß es möglich sein werde, die nigerianische Einheit zu erhalten. Die Balkanisierung Afrikas entspräche weder Interessen Europas noch Afrikas.

Wir seien erfreut darüber, daß auch alle afrikanischen Staaten diese Haltung einnahmen. Gowon stimmte dem lebhaft zu und bedankte sich für die verständnisvolle und freundschaftliche deutsche Einstellung. Chief Enahoro habe ihm bereits telefonisch aus London einen positiven Bericht über seine Bonner Gespräche gegeben. Er, Gowon, beurteile die deutsch-nigerianischen Beziehungen sehr positiv.

Zum Schluß der Unterredung bat er, in sehr herzlicher Weise der Bundesregierung den Dank für alle bisher geleistete Hilfe<sup>8</sup> auszusprechen.

[gez.] Böker

**VS-Bd. 2541 (I B 3)**

5 Für den Wortlaut vgl. Referat I B 3, Bd. 712.

6 Der nigerianische Sonderbotschafter Enahoro übergab am 8. August 1967 ein Schreiben des nigerianischen Präsidenten Gowon an Bundeskanzler Kiesinger. Für den Wortlaut des Schreibens vom 29. Juli 1967 und für den undatierten Entwurf eines Antwortschreibens vgl. Ministerbüro, Bd. 367.

7 Dazu führte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg bereits am 21. Juni 1967 aus: „Bei der ‚Republik Biafra‘ des Obersten Ojukwu handelt es sich um ein illegales Regime. Die von Oberst Ojukwu beabsichtigte völkerrechtliche Aufwertung seines Regimes ist bisher mangels ausländischer Anerkennung mißglückt. Biafra kann nicht als unabhängiger Staat angesehen werden. Eine Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland kommt unter diesen Umständen z. Zt. nicht in Frage.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 710.

Mit Verbalnote vom 28. Juni 1967 sicherte die Bundesrepublik der nigerianischen Regierung zu, „zu innenpolitischen Fragen in Nigeria nicht Stellung“ zu nehmen. Vgl. Referat I B 3, Bd. 712.

8 So hatte die Bundesrepublik Nigeria im Rahmen eines Militärhilfeabkommens Flugzeuge vom Typ Do-27 geliefert, die auf dem Luftwaffenstützpunkt Kaduna stationiert waren und dort von Mitarbeitern der Firma Dornier gewartet wurden. Bei einem Luftangriff auf Kaduna am 10. August 1967 wurde ein Angestellter von Dornier getötet, zwei weitere wurden verletzt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 375 des Botschafters Gnothke, Lagos, vom 10. August 1967; Referat I B 3, Bd. 709.

Trotz dieses Vorfalls und obwohl die Mitarbeiter von Dornier von der nigerianischen Armee „um Hilfe bei Armierung fremder und eigener Flugzeuge angegangen worden“ seien, sprach sich Gnothke für ihren Verbleib in Nigeria aus, da ein Abzug „in gegenwärtiger Lage als unfreundlicher Akt und Begünstigung Biafras empfunden“ werden würde. Vgl. die Drahtberichte Nr. 430 und 446 vom 25. bzw. 31. August 1967; VS-Bd. 2541 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

**Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13960/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 136**  
**Citissime**

**Aufgabe: 15. August 1967, 10.00 Uhr**  
**Ankunft: 15. August 1967, 15.04 Uhr**

Habe zu gestrigen Demonstrationen noch folgende Einzelheiten erfahren: Sonntag, 13.8., abends, wurde britischer Botschafter<sup>1</sup> über bevorstehende Aktionen gegen britische, belgische und französische Botschaft vorgewarnt, der von ihm darauf unterrichtete und um Schutz gebetene Außenminister Bombo-ko, der angeblich von nichts wußte, setzte sich mit politischem Direktor Mdr Kithima, der als notorischer Scharfmacher bekannt ist, in Verbindung, um von diesem zu erfahren, daß tatsächlich eine friedliche Demonstration der MPR<sup>2</sup> gegen die imperialistische Aggression im Osten des Landes<sup>3</sup> geplant sei. Da-nach bat Bombo-ko auf Vorhalten britischen Botschafters Staatspräsident Mo-butu, Demonstration zu untersagen. Mobutu erklärte jedoch, man solle MPR gewähren lassen.

Zu bereits gestern gemeldeten<sup>4</sup> Ausschreitungen und Schäden noch folgendes nachzutragen: ca. 2000 Demonstranten, drei Stockwerke in belgische Botschaft völlig geplündert, Möbel und Akten auf Straße geworfen und verbrannt, belgi-sche Flagge vom Dach geholt und zerrissen, sieben Stockwerke eines benach-barten Wohnhauses geplündert, dabei Europäer mißhandelt, einige Geschäfte ausgeraubt, Straßenstatue König Alberts umgestürzt, Weiße in Straßen mit Steinen beworfen. Nach Demonstration gegen belgische Botschaft Zug einiger Demonstranten vor US-Botschaft, einige Schreiben zertrümmert. Auf zwischen-

1 John Cotton.

2 Mouvement Populaire de la Révolution.

Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa, charakterisierte mit Schriftbericht vom 7. Juli 1967 die MPR als eine von Präsident Mobutu geschaffene Massenorganisation, die ihm „eine auf ihn eingeschworene Hausmacht sichert und bei öffentlichen Anlässen die Claqueure stellt“. Vgl. Referat I B 3, Bd. 703.

3 Am 9. August 1967 besetzte eine „aus ehemaligen weißen Söldnern der kongolesischen Armee und katangesischen Gendarmen bestehende Rebellentruppe“ die Stadt Bukavu, forderte Präsident Mobutu zu Verhandlungen auf und nannte als Bedingung die Freilassung des in Algier inhaftierten, am 13. März 1967 in Abwesenheit zum Tode verurteilten ehemaligen Ministerpräsidenten Tschombé, dessen Auslieferung die kongolesische Regierung beantragt hatte. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, Z 191.

Am 10. August 1967 rief der kongolesische Oberst Monga in Bukavu eine provisorische Regierung „Gouvernement de Salut Public“ aus. Vgl. den Drahtbericht Nr. 42 der Botschaft in Kigali, vom 11. Au-gust 1967; Referat I B 3, Bd. 703.

4 Am 14. August 1967 berichtete Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa, von den Ausschreitungen gegen westliche Botschaften und den Übergriffen auf Europäer in Kinshasa. Es wies darauf hin, daß die MPR „Stadtausgänge für Autos [der] Europäer“ gesperrt habe: „Botschaftsangehörige mit Frauen und Kindern befinden sich gemäß hiesigem Krisenplan im Botschaftsge-bäude. Tele-Verbindungen nach Ausland abgeschnitten, internationale Luftlinien fliegen Kongo nicht mehr an. Weitere Entwicklung noch nicht abzusehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Refe-rat I B 3, Bd. 703.

zeitlichen Telefonanruf US-Botschafters<sup>5</sup> erschien Mobutu nebst Bomboko und Nendaka auf Szene und forderte zur Beendigung auf. Beim Abrücken Demonstranten Scheiben an am Wege liegender französischer Botschaft zerstört. Bomboko besichtigte mit belgischem Botschafter<sup>6</sup> nach Abschluß Demonstrationen Schäden an und vor Botschaft, äußerte dabei kein Wort Bedauern oder Entschuldigung. Etwa eineinhalb Stunden nach Beginn Demonstrationen erschienen auch Militär und Polizei, taten aber nichts gegen Demonstranten. Über Tatorte hinaus riegelte Jeunesse der MPR Zufahrtsstraßen zur Stadt ab, hielt Autos an und mißhandelte Weiße – den ganzen Vormittag über gehörte Kinshasa praktisch dem Mob. Für Weiße gab es, wie schon so oft, keinen Schutz, keine Sicherheit, nur das Glück, im Einzelfall nicht betroffen zu sein oder zu entkommen. Vorgänge haben wieder einmal erschreckend deutlich gemacht, wie blitzartig Anarchie und Chaos hier nach wie vor auftreten können. Kein Zweifel, daß Mobutu Demonstrationen inspiriert oder gebilligt hatte und sich erst nach deren Ablauf in Pose des Auflaufzerstreuers gefiel.<sup>7</sup> Bei bekannter kritischer Gesamtlage Kongo Zukunftsausblick in jeder Beziehung ernst und fast verzweifelt. Nach weitgehender Ausschaltung ANC<sup>8</sup> im Osten, bei geringem Kampfwert noch verfügbarer ANC-Einheiten und Stimmung im ganzen Lande würde ein verantwortungsvoller und gemäßigter Staatsmann mit Gegenregierung verhandeln. Gerade dies ist Mobutu nicht, und er hat sich auch schon zu sehr gegen Tschombé und Söldner öffentlich festgelegt, um ohne entscheidenden Gesichtsverlust noch davon zurückzukönnen. Daher auch damit zu rechnen, daß bei weiterer Lageverschärfung durch Aktionen der Gegenregierung im Osten und der anhaltenden antiweißen Hetze in den Nachrichtenorganen auf Betreiben Regierung neue unvorhersehbare und extreme Reaktionen in Kinshasa auftreten, mit möglicherweise für alle Weißen entsetzlichen Folgen und dadurch verschärft, daß Armee und Polizei selbst rauben und plündern.

Vergangenen Sonnabend in Vorahnung Ereignisse mit holländischem Botschafter<sup>9</sup> als Doyen westeuropäischer Botschafter geführtes Gespräch ergab zwar gleiche Lagebeurteilung, aber keine Aussicht auf hiesige gemeinsame westeuropäische Initiative zur Einleitung von Sicherheits- oder Evakuierungsmaßnahmen von außen durch z.B. NATO oder UNO. Belgischer Botschafter zu sehr mit Eigenproblemen beschäftigt, holländischer Botschafter sieht ohne Belgier keine Möglichkeit. Neuer US-Botschafter hat noch nicht erkannt, daß

5 Robert Henry McBride.

6 Paul Bihin.

7 Dazu berichtete Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa, am 17. August 1967, daß während der Ausschreitungen gegen die belgische Botschaft am 14. August 1967 Präsident Mobutu „tatsächlich in Uniform MPR eine Zeitlang unter Demonstranten weilte und Treiben befriedigt zusah [...], bevor er Einhalt gebot. Nach glaubwürdiger Quelle gingen er und Bomboko im sog. Chinesenkostüm abends nochmals durch Gebiet Ausschreitungen, wobei beide unter MPR-Abzeichen kleines Stück am Vormittag zerfetzter belgischer Flagge trugen. – Generalinspekteur Polizei bestätigte mir in Unterhaltung, daß Polizei Anweisung hatte, während Sturm auf ausgewählte Ziele untätig zu bleiben; für Armee galt das gleiche. – Zur Organisation der Ausschreitungen: MPR hatte zehn Autobusse bestellt, die ab 5 Uhr früh Demonstranten einsammelten und zum Tatort fuhren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 138; VS-Bd. 2540 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

8 Armée Nationale Congolaise.

9 W. G. Zeylstra.

in Mobutu zwei Jahre lang der falsche Mann gestützt wurde, könnte wohl auch zur Zeit mindestens Washington nicht davon überzeugen. So bleibt von hier nur Raum für eigene Initiative.

Anrege, diesbezüglich mit betroffenen westeuropäischen Regierungen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für hiesige Weiße für Fall erneuter Ausschreitungen des Mobs, Grenz- und Nachrichtensperren usw. soweit vorbereitend zu erörtern, daß Organisation steht und gegebenenfalls blitzartig gehandelt werden kann. Erbitte in Ansehung Gesamtage sofortige Drahtgenehmigung Familienangehörige Botschaft im Linienverkehr nach Deutschland zu evakuieren, werde sonstigen deutschen Staatsangehörigen persönlich anraten, nach Möglichkeit unverzüglich abzureisen.<sup>10</sup>

[gez.] Müllenheim

**VS-Bd. 2540 (I B 3)**

**300**

**Ministerialdirigent Sahm, z. Z. Washington,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13961/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 1700  
Cito**

**Aufgabe: 15. August 1967, 11.50 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. August 1967, 17.14 Uhr**

Betr.: Verteidigungsplanung

Staatssekretär Carstens berichtete dem Herrn Bundeskanzler am 14.8. über seine Gespräche mit McNamara und Nitze im wesentlichen folgendes:

Die Erklärung unserer finanziellen Probleme und deren Auswirkungen sei auf keine großen Schwierigkeiten gestoßen. Man habe die Ziffern des Verteidigungshaushalts für 1968<sup>2</sup> hingenommen; für die folgenden Jahre hoffe man auf Möglichkeit einer Überprüfung.

Während Nitze positiv und aufgeschlossen gewesen sei, habe McNamara klar erkennen lassen, daß er das Rotationssystem fortentwickeln und die deutschen Maßnahmen zum Anlaß einer „Zweiten Runde“ nehmen wolle. Er habe dabei auch auf den von Mansfield ausgeübten Druck<sup>3</sup> hingewiesen und nachdrück-

<sup>10</sup> Graf von Posadowsky-Wehner übermittelte am 15. August 1967 die Leitlinie, daß „deutsche Staatsangehörige [...] ihr Verhalten möglichst mit anderen westlichen Staatsangehörigen abstimmen“ sollten, und betonte: „Eine Weisung zur Evakuierung der Familienangehörigen der deutschen Botschaft ist im Moment noch nicht möglich, insbesondere solange eine entsprechende Empfehlung für die übrige deutsche Kolonie nicht ausgesprochen wird.“ Einer freiwilligen Heimkehr von Familienangehörigen stehe jedoch nichts im Wege. Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; VS-Bd. 2540 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Behrends am 16. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 258.

<sup>3</sup> Zur Position des Fraktionsvorsitzenden der Demokraten im amerikanischen Senat vgl. Dok. 267, Anm. 16.

lich betont, daß die theoretisch natürlich nicht auszuschließende Idee des großen Überraschungsangriffs ein Mythos sei.<sup>4</sup> (Diese Bemerkung beziehe sich nicht auf mögliche Aktionen der sowjetischen Truppen in der Zone, die als ständige Gefahr anerkannt werden.)

Staatssekretär Carstens vertrat die Auffassung, daß McNamara seine Absicht, die Rotation fortzusetzen, wahrscheinlich schon während des Besuchs des Bundeskanzlers zur Sprache bringen<sup>5</sup> und in erster Linie auf die Einbeziehung derjenigen Luftwaffenteile hinwirken werde, die im April nach dem Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Johnson<sup>6</sup> aus der Rotation herausgenommen wurden.<sup>7</sup> Im übrigen habe er den amerikanischen Überlegungen nachdrücklich entgegenwirkt und dem Sinne nach erkennen lassen, daß die deutschen Maßnahmen als eine Art „Innere Rotation“ anzusehen seien und gewissermaßen noch zur „Ersten Runde“ gehörten.

McNamara habe gefordert, daß alsbald deutsch-amerikanische Konsultationen über diese Fragen eingeleitet werden. Carstens habe erwidert, daß wir eine Diskussion ausschließlich im Rahmen der NATO vorziehen würden; er werde die Frage jedoch dem Bundeskanzler vorlegen. Er habe sich jedoch mit informativen Gesprächen zwischen Generalinspekteur<sup>8</sup> und General Spivy einverstanden erklärt. Der Termin hierfür sollte möglichst dicht an die NATO-Konsultationen angelehnt sein.

Über Offset sei von amerikanischer Seite nicht gesprochen worden.

Zur Beibehaltung der nuklearen Trägerwaffen habe McNamara keine Bedenken geäußert; man habe ihm zu unrecht nachgesagt, er sei für eine Reduzierung der „strike capability“ der Bundeswehr.

Zu der in der Nuclear Planning Group behandelten Frage der Rechte des Gaststaates (Veto) seien keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden.

Abschließend teilte Staatssekretär Carstens mit, er habe McNamara im Auftrage des Bundesverteidigungsministers<sup>9</sup> eingeladen, bei Gelegenheit der Sitzung der NPG in Ankara<sup>10</sup> einen Besuch in Bonn abzustatten.

[gez.] Sahm

VS-Bd. 2027 (II A 7)

<sup>4</sup> Am 25. August 1967 bestätigte Botschafter Knappstein, Washington, daß „einflußreiche Kreise im Pentagon, auch McNamara selbst, Überlegungen über eine zweite Runde der Rotation anstellen. Auch wenn hierüber nicht gern gesprochen wird, dürfte dabei eine Rolle spielen, daß die zentral verfügbaren amerikanischen Reserven durch die laufende Verstärkung der Streitkräfte in Vietnam immer mehr beansprucht werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1776; VS-Bd. 2027 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt mit den amerikanischen Ministern Fowler, McNamara und Rusk vgl. Dok. 302.

<sup>6</sup> Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>7</sup> Zur Kompromißlösung bezüglich der Zahl der in die USA zurückzuverlegenden amerikanischen Kampfflugzeuge vgl. Dok. 151.

<sup>8</sup> Ulrich de Maizière.

<sup>9</sup> Gerhard Schröder.

<sup>10</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 28./29. September 1967 in Ankara vgl. Dok. 329.

## Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson in Washington

**Geheim**

15. August 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler traf am 15. August 1967 um 12.15 Uhr im Weißen Haus in Washington zu einem ersten Vier-Augen-Gespräch mit Präsident Johnson zusammen.

Im Zusammenhang mit einleitenden Bemerkungen über seine Amtsvorgänger sagte der *Präsident*, Eisenhower sei ein guter persönlicher Freund und großartiger Mensch, wenngleich er der Führer der Republikaner sei, und habe ihn mit einer starken Erklärung zum Vietnam-Krieg unterstützt. Er mache sich Sorgen um Eisenhowers Gesundheitszustand. Eisenhower sei auch in Texas geboren<sup>2</sup>, wohin 1848 viele Deutsche eingewandert seien. Sie und ihre Nachfahren hätten sich als gute amerikanische Bürger erwiesen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß auch einige seiner Vorfahren nach Amerika ausgewandert seien.<sup>3</sup>

Der *Präsident* erwähnte sodann, daß er nach seinem Bonner Besuch<sup>4</sup> eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen habe treffen müssen. Er erwähnte den Eisenbahnerstreik, der durch Zwangsschlichtung habe beigelegt werden müssen, was ihm Kritik in Kreisen der Arbeitnehmer eingebracht habe.

Sodann sei die Krise im Nahen Osten ausgebrochen. Es habe sich als schwierig erwiesen, eine Feuereinstellung herbeizuführen.

Dann sei ziemlich unerwartet und kurzfristig Kossygin gekommen. Er selbst habe keine Lust gehabt, wegen der New Yorker Atmosphäre sich dort mit ihm zu treffen. Kossygin andererseits habe nicht nach Washington kommen wollen und wegen der Erinnerung an Chruschtschow auch Camp David<sup>5</sup> ausgeschlagen. So habe man sich auf Glassboro geeinigt.<sup>6</sup> Das wichtigste Thema sei Vietnam gewesen. Die Russen würden den Konflikt gern beigelegt sehen, doch verfügten sie dafür nicht über die nötige Stärke und den erforderlichen Einfluß. Frühere Versuche dieser Art, die Gromyko bei Wilson und in Washington unternommen habe<sup>7</sup>, seien wegen der Haltung der Chinesen gescheitert. Man

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 18. August 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Dwight D. Eisenhower wurde am 14. Oktober 1890 bei Denison in Nordtexas geboren.

<sup>3</sup> Vgl. dazu KIESINGER, Jahre, S. 16f.

<sup>4</sup> Präsident Johnson hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Bundeskanzler Adenauer in Bonn auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen vom 26./27. September 1959 vgl. Dok. 147, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen des Präsidenten Johnson am 23. und 25. Juni 1967 mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, der sich anlässlich der 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung in New York aufhielt, vgl. Dok. 240, Anm. 16.

<sup>7</sup> Vom 16. bis 19. Juli 1966 führte Premierminister Wilson in Moskau Gespräche zur Vietnam-Frage.

Vgl. dazu auch den Entwurf einer Resolution mit der Forderung nach Beendigung des Vietnam-

habe ferner über Lateinamerika gesprochen. Außerdem sei die Frage der Raketenabwehr behandelt worden, und man habe Gespräche darüber vereinbart, ob ein solches System, das 20 bis 30 Milliarden Dollar kosten würde, notwendig sei. Für die Gespräche sei allerdings noch kein Zeitpunkt festgelegt worden. Ein weiterer Diskussionspunkt sei der Nichtverbreitungsvertrag gewesen. Die Russen hätten dem Vorschlag, einen gemeinsamen Entwurf zu unterbreiten, nicht zugestimmt. Nach der neuesten Entwicklung sehe es aber so aus, als ob nun in dieser oder der nächsten Woche ein gemeinsamer Text (ohne Artikel III) vorgelegt würde<sup>8</sup>, über den dann im Ausschuß gemeinsam beraten werden könnte. Man halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Russen im Hinblick auf die 50-Jahrfeiern<sup>9</sup> am Abschluß des Vertrages interessiert seien.

Die Sondersitzung der Vereinten Nationen habe sich als Fehlschlag für die Russen erwiesen. Zunächst habe man befürchtet, daß sie für ihre Entschließung eine Zweidrittel-Mehrheit bekommen könnten.<sup>10</sup>

Die Entwicklung im Kongo habe Entscheidungen gefordert, die im Außenpolitischen Ausschuß des Senats keinen ungeteilten Beifall gefunden hätten.

Im Inneren seien die Rassenunruhen in einem bisher unbekannten Maß aufgeflammt. Man sehe noch nicht, was getan werden müsse und könne, um dieses schwierige Problem zu lösen.

Schließlich sehe er sich einem möglichen Defizit von 30 Milliarden Dollar gegenüber. Der Präsident erwähnte die innen- und außenpolitischen Gründe, die hierzu beitragen und hob besonders den Vietnam-Krieg sowie die Ausgaben für Truppen anderer Länder, die in Vietnam kämpften, hervor. Er erläuterte die Maßnahmen, mit denen er das Defizit zu vermindern hoffe.

Angesichts dieser Lage sei es nicht verwunderlich, daß seine eigene Popularität einen Tiefstand von 39 % erreicht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Erfahrung der CDU habe gezeigt, daß ein Jahr vor den Wahlen meistens ein gewisser Rückgang zu beobachten sei.

Der *Präsident* bemerkte, er glaube nicht, einen ernsten politischen Fehler gemacht zu haben. Die Kennedy-Leute, unter denen sich gute Kräfte befänden, seien gegen den Vietnam-Krieg, so daß sich innerhalb seiner eigenen Partei verschiedene Fronten gebildet hätten. Je niedriger die Popularität, desto schwieriger sei es, Unterstützung für die Durchführung unbeliebter Maßnahmen zu finden. Man dürfe auch nicht übersehen, daß ein Jahr vor den Wahlen die politischen Wellen schon etwas hoch schlägen. Senator Mansfield vertrete An-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1189*

Krieges, die vom sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. September 1966 der XXI. UNO-Generalversammlung vorgelegt wurde. Am 22. und 24. September 1966 kam Gromyko zu Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk zusammen, am 10. Oktober 1966 auch mit Präsident Johnson.

<sup>8</sup> Ein gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Vertragsentwurf wurde der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 24. August 1967 vorgelegt. Vgl. dazu Dok. 314.

<sup>9</sup> Am 3. November 1967 begannen die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution.

<sup>10</sup> Die 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung fand vom 17. Juni bis 5. Juli 1967 statt. Am 19. Juni 1967 legte Ministerpräsident Kossygin einen Resolutionsentwurf zur Nahost-Krise vor, in dem Israel als „Aggressor“ bezeichnet wurde. In der Abstimmung am 4. Juli 1967 scheiterte dieser Entwurf an der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Vgl. dazu UNITED NATIONS YEARBOOK 1967, S. 191–194 und S. 209.

sichten<sup>11</sup>, die für das Bündnis außerordentlich gefährlich seien. Würde er sie sich zu eigen machen, so würde das Bündnis auseinanderbrechen. Ähnliches gelte für die Ansichten, die über Vietnam geäußert würden. Man könne dort nicht einfach alles hinwerfen und nach Hause laufen.

Der Präsident sagte, er habe alle diese Fragen erwähnt, damit sich der Herr Bundeskanzler ein Bild davon machen könne, was ihn im Augenblick beschäftige. Er habe aber bereits zu Erhard gesagt, und er wiederhole es jetzt vor dem Herrn Bundeskanzler, daß die Vereinigten Staaten nichts täten, was die Machtstruktur in der Welt beeinträchtigen könnte, ohne vorher darüber mit ihm gesprochen zu haben. So wolle er auch ganz offen wissen, welche Sorgen und Probleme die Deutschen im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag hätten. Desgleichen wolle er auch freimütig die Truppenfragen erörtern. Er wolle die amerikanischen Truppen so lange wie möglich in Europa halten und verlange auch nichts, was er nicht selbst zu geben bereit wäre. Die Arbeit des Herrn Bundeskanzlers wolle er keinesfalls erschweren. Jeder müsse aber für seine eigenen Entschlüsse selbst verantwortlich sein.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe die Entwicklung aufmerksam verfolgt und sehe die Schwierigkeiten, vor denen der Präsident stehe. Er wolle ganz offen sagen, er könne nicht sehen, wo der Präsident einen politischen Fehler gemacht habe. Es sei immer das gleiche: Wenn ein Volk in eine ernste Krise gerate – der Vietnam-Krieg sei eine solche – dann unterstütze zunächst das Volk die Regierung. Sobald aber Schwierigkeiten aufräten und eine Lösung nicht sichtbar werde, stelle sich Nervosität ein. So sei es überall. Deshalb sei er auch über die Bemerkung Schröders verärgert gewesen, man müsse die Streitkräfte um 60 000 Mann kürzen.<sup>12</sup> Dies sei nicht wahr. Ein solcher Schritt sei weder von ihm noch vom Kabinett erwogen worden. Man habe nur die Erwartungen gekürzt, nicht aber den Verteidigungshaushalt. Dieser werde im Gegenteil erhöht, und zwar in den kommenden Jahren um 1,1%, 7,5% und 6%.<sup>13</sup> Zum ersten Mal habe man versucht, einen Haushaltsplan für fünf Jahre aufzustellen, in dem Bemühen, eine Situation wie die des letzten Jahres zu vermeiden. Der Haushalt belaufe sich auf 75 bis 80 Mrd. DM. Man habe sich einer Lücke von mehr als 11 Mrd. DM gegenübergesehen, von denen im vergangenen Jahr, bevor er Kanzler geworden sei, bereits 7 Mrd. abgedeckt worden seien, so daß seine Regierung noch 4 Mrd. habe überbrücken müssen. Für den Haushalt 1968 habe die Gefahr eines noch größeren Defizits von etwa 14 Mrd. DM gedroht. Um ihm zu begegnen, sei nunmehr die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt worden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müsse der Plan Jahr für Jahr der wirtschaftlichen und finanziellen Lage angepaßt werden. Der Herr Bundeskanzler betonte noch einmal, daß der Verteidigungshaushalt nicht gekürzt, sondern erhöht werde.

Was die Bundeswehr angehe, so habe General de Maizière schon seit längerer Zeit für einen realistischeren Plan plädiert, dem der damalige Verteidigungs-

11 Vgl. dazu Dok. 267, Anm. 16.

12 Zu entsprechenden Mitteilungen in der Presse vgl. Dok. 252, Anm. 2 und 8.

13 Zum Beschuß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

minister<sup>14</sup> zwei Wochen vor dem Sturz der Regierung Erhard zugestimmt habe. Der General trete für eine kleinere, aber modern ausgerüstete Armee ein. Demgegenüber habe sich General Moll sehr nachdrücklich gegen jede Kürzung gewandt. Er selbst habe mit Schröder einige Schwierigkeiten gehabt, doch letzte Woche sei entschieden worden, daß eine etwa erforderliche Kürzung des militärischen oder zivilen Personals der Bundeswehr 15 000 Mann nicht überschreiten würde. Er persönlich halte eine Kürzung überhaupt nicht für erforderlich. Diese Frage müsse im Laufe des Jahres nach Konsultation mit den Amerikanern entschieden werden. Bedauerlicherweise habe das Auswärtige Amt in einem Telegramm von 60 000 Mann gesprochen.<sup>15</sup> Er habe daraufhin mit Knappstein telephoniert und ihn um Richtigstellung gebeten.<sup>16</sup> Allen solchen Gerüchten fehle die Grundlage. Sie hätten aber Unruhe ausgelöst, und er mache dafür Schröder verantwortlich.

Der *Präsident* sagte, seiner Auffassung nach benötige man die gesamte Stärke, über die man in Europa verfüge, und noch mehr, um durch die vor uns liegende unsichere Zeit zu kommen. Er wolle nicht der Architekt einer Auflösung des Bündnisses sein. Er könne seine Truppen auf dem jetzigen Stand halten, wenn die Bundeswehr auch nicht gekürzt werde. Die innenpolitische Lage lasse ihm aber keine andere Wahl, als im Falle einer deutschen Kürzung nachzuziehen.

Der *Präsident* fuhr fort, daß er die vernünftige und vorsichtige deutsche Ostpolitik begrüße. Was de Gaulle angehe, so bedauere man seine Haltung, doch habe er selbst nie etwas Kritisches über ihn gesagt. Die Sicherung der europäischen Zukunft und die Wiedervereinigung Deutschlands verlangten, daß die jetzt in Europa stationierten Streitkräfte in ihrer Stärke erhalten blieben.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er und das Kabinett glaubten ebenfalls, daß die derzeitigen Streitkräfte aufrechterhalten werden müßten. Dies habe nichts mit den anderen Bemühungen um eine Entspannung und die Sicherung des Friedens zu tun. Der Osten verfüge über ein starkes militärisches Potential, weshalb der Westen ebenfalls seine Stärke aufrechterhalten müsse. Die beiden gewaltigen Militärmaschinen dürften aber nicht mit Spannung aufgeladen werden, da dies eines Tages zu einer gewaltsamen Entladung führen könnte. Man müsse also unter Wahrung der eigenen Verteidigungskraft versuchen, die Entspannungspolitik fortzusetzen, und vermeiden, daß sich die Atmosphäre auflade. Diese Politik sei die einzige mögliche, wenngleich viele Deutsche nicht richtig zwischen den beiden Aspekten unterscheiden könnten. Diese Politik werde man auch fortsetzen. Die neue deutsche Ostpolitik bedeute nicht, daß man die Verteidigungsstreitkräfte vermindern wolle. In amerikanischen Zeitungen habe er solche Vermutungen gelesen, doch sei man hiervon weit entfernt.

*Präsident Johnson* bedauerte, daß so viele falsche Informationen kursierten. Wenn man die hundert vernünftigsten Mitglieder des Kongresses fragen würde, welche Pläne die Deutschen mit ihren Streitkräften hätten, so würden 90 [%] davon mit Sicherheit von einer Kürzung um 60 000 Mann sprechen. Die Bun-

14 Kai-Uwe von Hassel.

15 Zum Runderlaß Nr. 2436 des Ministerialdirigenten Sahm vom 10. Juli 1967 vgl. Dok. 258, Anm. 8.

16 Vgl. dazu Dok. 254, besonders Anm. 6.

desrepublik sei als starker und verlässlicher Partner für die Vereinigten Staaten von größtem Interesse. Es müsse deshalb sichergestellt werden, daß zwischen den Männern an der Spitze volles Vertrauen herrsche. Er wiederhole seine bereits Erhard gegebene Zusicherung, nichts zu tun, was die Bundesrepublik berühre, ohne daß man darüber zuvor mit den Deutschen gesprochen habe. Das Verhältnis müsse so sein wie zwischen zwei Brüdern, die im gleichen Geschäft arbeiteten. Dies gelte für ihn, und er hoffe, der Herr Bundeskanzler sehe die Dinge auch so. Der Herr *Bundeskanzler* versicherte, daß dies so sei.

Der *Präsident* verwies sodann auf seine Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die bis Ende des Jahres geregelt sein müßten. Es wäre für die Amerikaner sehr hilfreich, wenn die Bundeswehr nur um 15 000 Mann oder, wie der Herr Bundeskanzler glaube, überhaupt nicht vermindert zu werden brauchte. Der *Präsident* wiederholte, er könne die Linie halten, wenn die Deutschen dies auch täten. Bei einer Popularität von nur 39 % sei ihm eine andere Einstellung nicht möglich.

Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte, daß eine deutsche Meinungsumfrage darüber, ob eine engere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wünschenswert sei, einen Anstieg von 42 % im Januar auf 71 % im Juni erbracht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* ging sodann auf Frankreich ein. Deutscherseits wolle man die deutsch-französische Freundschaft erhalten, die nach den früheren Auseinandersetzungen so etwas wie ein Wunder sei. Es handele sich um mehr als Verständigung. Beim letzten Bonner Besuch de Gaulles<sup>17</sup> habe er (Bundeskanzler) versucht, ihn zu einer Äußerung über seine Haltung zu Amerika zu provozieren. Wie schon im Januar in Paris<sup>18</sup> habe er ihm gesagt, man sei auf deutscher Seite von der Notwendigkeit überzeugt, die NATO, d.h. nicht nur das Bündnis, sondern das integrierte Verteidigungssystem, zu erhalten und zu stärken. Man wünsche auch die Präsenz amerikanischer Streitkräfte auf deutschem Gebiet. Die Sprache, deren er sich oft gegenüber den Vereinigten Staaten bediene, sei beunruhigend, und er müsse ihm offen sagen, daß gerade diese Ausdrucksweise sich schädlich auf das deutsch-französische Verhältnis auswirke. In der Plenarsitzung habe de Gaulle hierauf geantwortet, daß die französische Politik keineswegs gegen Amerika gerichtet sei, mit dem Frankreich durch langjährige und natürliche Freundschaft verbunden sei. Diese Freundschaft wolle Frankreich erhalten, ebenso wie es die westliche Allianz erhalten wolle, jedenfalls so lange, bis sich die Dinge im Verhältnis zum Osten völlig geändert hätten. Daher habe Frankreich auch nichts, gar nichts einzubinden gegen die physische Präsenz der Amerikaner in Europa. Im Vier-Augen-Gespräch habe de Gaulle dies sogar als wünschenswert bezeichnet. Wie der Herr *Bundeskanzler* sagte, glaube er nicht, mit der Weitergabe dieser Äußerung einen Vertrauensbruch zu begehen.

*Präsident Johnson* bemerkte, hiermit habe der Herr *Bundeskanzler* allen Beteiligten einen großen Dienst erwiesen.

<sup>17</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261-264.

<sup>18</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14-17 und Dok. 19.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß er entschlossen gewesen sei, die Rede hierauf zu bringen. Er habe geradezu darauf gedrungen. De Gaulle habe gesagt, seine „kategorische Sprache“ sei nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern gegen die Gruppe jener Franzosen gerichtet, die ihre französische Identität aufgeben und in einer atlantischen Gemeinschaft ein bequemes Leben führen wollten. De Gaulles Äußerung habe für ihn ganz klar bedeutet, daß die NATO über das Jahr 1969 hinaus fortbestehen werde. Im Januar habe de Gaulle ihm vorgeworfen, er sei gegenüber den Vereinigten Staaten zu gehorsam. Bei der letzten Begegnung habe er nichts Derartiges gesagt und auch nicht versucht, irgendwelchen Druck auszuüben. De Gaulle fürchte aber den amerikanischen Einfluß, wobei er nicht nur an den militärischen und politischen Einfluß, sondern auch an den wirtschaftlichen und geistigen denke. Wenn die Franzosen ihre eigene Identität nicht wahrten, würden sie vom amerikanischen Einfluß allmählich beherrscht und ihre eigene „raison de vivre“ verlieren. Er habe de Gaulle gesagt, daß man deutscherseits mit seiner Haltung gegenüber Amerika nicht übereinstimme. Ferner habe er ihm klar gesagt, daß man die britische Beteiligung am Gemeinsamen Markt wünscht, wobei man selbstverständlich die Motive seines Widerstandes sehe, da eine größere Gemeinschaft auch größere Probleme aufwerfe, weil jedes neue Mitglied seine eigenen Schwierigkeiten mitbringe. Er habe ihn aber auf die überwältigende öffentliche Meinung hingewiesen, die für einen britischen Beitritt eintrete. De Gaulle sei in der Frage sehr starr gewesen, und es sei ihm (Bundeskanzler) nicht gelungen, ihn zu größerer Flexibilität zu bewegen. Er hoffe aber, daß sich auf längere Sicht seine Haltung ändern werde.

Was den Osten angehe, so sei de Gaulle der Auffassung, daß die Bedrohung nur militärischer Art sei. Er teile nicht die Meinung, daß die Kommunisten in den westlichen Ländern die Verbündeten Moskaus seien. Nach Ansicht de Gaulles habe Rußland – er spreche nie von der Sowjetunion – seine eigenen schweren Probleme, so daß es nicht so gefährlich sei, wie man immer glaube. Ein weiterer Punkt sei, die sich aus seiner Größe ergebende Schwerfälligkeit, von den Schwierigkeiten mit den Chinesen ganz zu schweigen.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er habe es für gut und richtig gehalten, den Präsidenten über seine Gespräche mit de Gaulle zu unterrichten. De Gaulle sei in seinen Äußerungen klar, in seinen Formulierungen präzise und in seinen Vorstellungen sehr bestimmt gewesen. Zum Schluß habe er das Beispiel von den beiden Männern gebraucht, die ausgezogen seien, einen Schatz zu suchen. Diesen hätten sie zwar nicht gefunden, statt dessen aber ihre Freundschaft. Er habe gesagt, wenn Deutsche und Franzosen einig seien, könne weder ihnen noch dem Europa, das um sie sei, ein großes Unglück geschehen. Man wisse aber, daß wenn sie voneinander getrennt seien, das Unglück schnell heranschreite. Die bestehenden Differenzen habe de Gaulle zur Kenntnis genommen.

Der *Präsident* bezeichnete dieses Gespräch und die Haltung des Herrn Bundeskanzlers als nützlich und hilfreich. Er selbst sei glücklich, daß es de Gaulle gebe, dann Frankreich und Europa seien mit ihm besser daran als ohne ihn. Durch seine Führung habe Frankreich eine gewisse Festigkeit gewonnen und damit auch einen beruhigenden und guten Einfluß auf andere ausgeübt. Er

bedauere jedoch, daß es de Gaulle gelegentlich für wünschenswert halte, über amerikanische Motive und Entscheidungen scharfe Erklärungen abzugeben. Er wisse, daß Churchill und Roosevelt, Kennedy und Macmillan ihn nicht immer gut behandelt hätten, und bei einem Mann vom Alter und der Einstellung de Gaulles sei eine solche Reaktion verständlich. Er selbst (Johnson) habe sich bemüht, keinen Anlaß zu Kritik zu geben. Er habe auch nie versucht, die Deutschen von einer Zusammenarbeit mit den Franzosen abzuhalten, noch werde er dies je versuchen. Wenn ihm de Gaulle eine Ohrfeige gebe, halte er ihm auch noch die andere Backe hin. Während der letzten vier Jahre habe er kein böses Wort über ihn gesagt. So stehe er persönlich zu de Gaulle. In der Öffentlichkeit habe er es so formuliert, daß man die fehlende Übereinstimmung mit Frankreich bedauere, daß aber Frankreich mit de Gaulle stabiler sei und eine größere Rolle spielle als ohne ihn. Wenn etwas Ernstes passieren sollte, sei er sicher, daß de Gaulle sofort Amerika hilfreich zur Seite stehen würde. Er habe dies in der Kuba-Krise bewiesen. Das habe er ihm nicht vergessen. Als de Gaulle bei der Beisetzung Kennedys<sup>19</sup> in Washington gewesen sei, habe er (de Gaulle) ihm gesagt, er wolle den Paris-Besuch Kennedys<sup>20</sup> im Frühjahr 1964 erwidern. Vorbereitungen dafür seien auch schon im Gange gewesen. Am gleichen Abend sei er (Johnson) mit den amerikanischen Gouverneuren zusammengetroffen, die in jenen Tagen über die Zukunft Amerikas beunruhigt gewesen seien. In seiner Ansprache an die Gouverneure habe er auf sein gutes Gespräch mit de Gaulle verwiesen und auch den geplanten Besuch erwähnt. Der Gouverneur von Kalifornien<sup>21</sup> habe dies der Presse gesagt. Eine Woche später sei die Nachricht eingetroffen, daß de Gaulle keine Pläne für eine Amerika-Reise habe. Er wisse nicht, ob sich de Gaulle beleidigt gefühlt habe, ob ein sprachliches Mißverständnis vorgelegen habe oder ob die Dinge in der Öffentlichkeit falsch dargestellt worden seien.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, de Gaulle mache dem Präsidenten nicht den Vorwurf, er suche den amerikanischen Einfluß auszudehnen. Er halte das amerikanische Phänomen vielmehr für eine Naturgewalt. Selbst einer wohlwollenden Dominierung könne er nicht zustimmen.

Der *Präsident* sagte, er verstehe es, wenn man nicht auf die Gnade eines andren angewiesen sein wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, daß dieses Jahr wegen der britischen Beitrittsfrage noch schwierig werden könnte. Es sei ihm nicht gelungen, de Gaulle davon zu überzeugen, daß er auf lange Sicht den Beitritt Großbritanniens nicht verhindern könne. Die Entscheidung müsse noch in diesem Jahr getroffen und könne nicht auf nächstes Jahr verschoben werden. In seinen Gesprächen mit de Gaulle und Wilson<sup>22</sup> sowie in Rom<sup>23</sup> habe er deutlich erklärt, daß man für den britischen Beitritt sei. In Rom habe er außerdem versucht, in den

<sup>19</sup> Die Beisetzung des am 22. November 1963 ermordeten Präsidenten Kennedy fand am 25. November 1963 statt.

<sup>20</sup> Präsident Kennedy besuchte Frankreich vom 31. Mai bis 2. Juni 1961.

<sup>21</sup> Edmund G. Brown.

<sup>22</sup> Für Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Premierminister am 15./16. Februar und am 25. April 1967 vgl. Dok. 55, Dok. 57 und Dok. 140.

<sup>23</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

Verfahrensfragen etwas zu helfen. Es sei denkbar, daß sich die Regierungschefs der Sechs noch einmal in diesem Jahr träfen.<sup>24</sup> Die Situation werde kritisch sein. Deutscherseits bemühe man sich um eine Wahrung der deutsch-französischen Beziehungen. Den Engländern habe man gesagt, daß man für ihren Beitritt sei, doch könne man dies nicht mit aufgekrempten Hemdsärmeln oder wie ein Bulldozer erreichen. Er sehe seine Aufgabe eher in einer Vermittlung und Harmonisierung.

Der *Präsident* sagte, es wäre gut, wenn der Herr Bundeskanzler etwas in dieser Richtung erreichen könnte. Er glaube de Gaulle zu verstehen. Es passiere schon genug Unvorhergesehenes in der Welt, und deshalb sollte man versuchen, die Dinge zu beeinflussen, die man glaube beeinflussen zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* kam noch einmal auf die Konferenz von Rom zu sprechen, die zu einem Zeitpunkt stattgefunden habe, als sich die Nahost-Krise bereits angebahnt habe. De Gaulle habe hierüber eigene Ansichten und habe Israel auch gewarnt, nichts zu unternehmen.

Der *Präsident* warf ein, daß die Amerikaner das auch getan hätten.

Wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, sei nach Auffassung de Gaulles die amerikanische Warnung schwächer als seine eigene gewesen. De Gaulle mache sich über die weitere Entwicklung im Nahen Osten Sorgen.

Der *Präsident* erklärte, die dortige Lage beunruhige auch ihn.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, während der Nahost-Krise habe in Deutschland eine moralische Option stattgefunden. An dieser Entscheidung, die moralisch, nicht politisch gewesen sei, habe die ganze Nation teilgenommen. Hierdurch sei bewiesen worden, daß das Gerede über den Neo-Nazismus nicht zutreffe.

Der *Präsident* wies darauf hin, daß Gerüchte dieser Art zu mancherlei Beßorgnis Anlaß gegeben hätten. Es sei schlecht, wenn das Bild, das man sich von einem Volk mache, von einem halben Dutzend Journalisten geprägt werde und etliche Zeit verstreiche, bis die Wahrheit durchbreche. Als der Herr Bundeskanzler sein Amt angetreten habe, habe es in Amerika viele Menschen gegeben, die darüber in Sorge gewesen seien. Gleiches gelte für ihn, als er Nachfolger Kennedys geworden sei.

Er habe seinen Pressesekretär angewiesen, auch Herrn von Hase zu bitten, in der Darstellung nach außen den Eindruck von zwei Brüdern zu vermitteln, die an derselben Sache arbeiteten. Man müsse sich bemühen, gemeinsam mit dem Problem fertig zu werden und sich gegenseitig zu helfen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, der *Präsident* sei in Deutschland sehr erfolgreich, sonst wäre die Meinungsumfrage nicht so günstig ausgefallen.

Der *Präsident* betonte, man sollte sich um eine möglichst weite Übereinstimmung der Interessen bemühen. Was de Gaulle angehe, so sei er durchaus offen. Er habe nicht vergessen, wie sich de Gaulle in der Kuba-Krise verhalten und wie Frankreich vor de Gaulle ausgesehen habe. Den gemeinsamen Interessen von Amerika, Deutschland und Frankreich sowie von Europa könnte der beste

<sup>24</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um ein weiteres Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten vgl. Dok. 327.

Dienst erwiesen werden, wenn Amerika und Frankreich wieder einander nähergebracht werden könnten. Es sei unverständlich, wie es zweimal möglich gewesen sei, daß Deutsche und Amerikaner miteinander Krieg geführt hätten. Der Präsident erinnerte daran, wie sein Vater sich in der Gemeindeversammlung seiner Heimatgemeinde in Texas<sup>25</sup> für die Deutsch-Amerikaner eingesetzt habe, als ihnen nach dem Kriegseintritt Amerikas 1917 die Benutzung der deutschen Sprache und die Abhaltung deutscher Gottesdienste verboten werden sollte. Der Hinweis, daß die Eltern des ersten Kriegsopfers dieser Gemeinde Bürger seien, die nicht englisch sprechen könnten, habe den Antrag zu Fall gebracht.

Auf die Bemerkung des Herrn *Bundeskanzlers* eingehend, nach de Gaulles Meinung sei die amerikanische Warnung an Israel schwächer als die französische gewesen, las der *Präsident* dem Herrn Bundeskanzler auszugsweise das Protokoll über sein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Abba Eban vom 26. Mai 1967 vor. In dieser Unterredung habe er mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Amerikaner alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um den Golf von Akaba offen zu halten. Es wäre falsch, wenn Israel glaube, selbst die Initiative ergreifen und Feindseligkeiten eröffnen zu müssen. Dies habe er in unmißverständlicher Sprache festgestellt. Israel stünde nicht allein, es sei denn, es entscheide sich dafür, allein vorzugehen. Israel würde sich selbst zum schuldigen Teil machen, wenn es von sich aus einen Krieg anfangen würde. Nach den vorliegenden Erkenntnissen der amerikanischen Nachrichtendienste habe die VAR nur defensive Positionen bezogen. Er sei bereit, den Israelis entsprechendes Material zur Verfügung zu stellen. Sollte die VAR angreifen, so sei er sicher, daß die Israelis die Araber zum Teufel jagen würden. Des weiteren wurden in dem Protokoll die amerikanischen Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen der maritimen Mächte hervorgehoben. Dieser Versuch sowie Anstrengungen, eine Lösung in der UNO zu finden, seien aber offensichtlich nicht nach dem Geschmack von Eshkol gewesen.

Die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, ob er hiervon de Gaulle Kenntnis geben könne, bejahte der *Präsident*. Der Präsident erklärte sich ferner damit einverstanden, daß der Herr Bundeskanzler Präsident de Gaulle vom Inhalt seiner Gespräche mit ihm unterrichtet.

Das Gespräch endete kurz vor 14.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 25**

25 Stonewall.

## 302

**Ministerialdirigent Sahm, z.Z. Washington,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13965/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1705**

**Aufgabe: 15. August 1967, 21.45 Uhr**  
**Ankunft: 16. August 1967, 05.59 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington;

hier: Besprechung des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers  
mit Außenminister Rusk, Verteidigungsminister McNamara und  
Secretary of the Treasury, Fowler, am 15.8.67, 16.30 Uhr – 17.30 Uhr  
im Blair House

1) Außenminister Rusk ging einleitend kurz auf den Nichtverbreitungsvertrag ein. Ein Termin für seine Vorlage in der Abrüstungskonferenz sei noch nicht vereinbart. Sie könne Ende dieser oder Anfang kommender Woche erfolgen.<sup>1</sup> Dann werde es noch langwierige und schwierige Verhandlungen geben.

Er habe Gromyko die Frage einer zeitlichen Begrenzung gestellt.<sup>2</sup> Gromyko begreife, daß diese Frage für mehrere Länder Interesse habe. Er zeige sich nicht völlig unzugänglich. Natürlich sei die Frage um so schwieriger, je kürzere Zeitspannen man ins Auge fasse. Interessant sei gewesen, daß nicht mehr die Bundesrepublik so sehr im Mittelpunkt des Interesses für Gromyko stehe, wie die indische Haltung.

2) Anschließend erläuterte Fowler die Bedeutung der laufenden Verhandlungen über die Schaffung zusätzlicher Liquidität.<sup>3</sup> Ihr Scheitern könne zu restriktiven Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken, und vielleicht zu einer internationalen Finanzkrise führen wie in den dreißiger Jahren. Die von Herrn Emminger geleitete ausgezeichnete Arbeitsgruppe habe einen Plan für den Fall der Liquiditätsverknappung ausgearbeitet, der an sich auf der Konferenz in Rio de Janeiro<sup>4</sup> von den Gouverneuren des IMF angenommen und dann den Regierungen zur Zustimmung und Ratifikation vorgelegt werden könnte. Leider habe die französische Regierung sich der weitgehenden allgemeinen Übereinstimmung nicht angeschlossen. Auf der Konferenz der Finanzminister der Zehn in London im Juli<sup>5</sup> sei beinahe Einigung erzielt worden, doch habe Minister Debré nicht zustimmen können. Bei der Besprechung der Stellvertreter in Paris sei sogar ein Rückschritt in der französischen Haltung festzustellen gewesen. Dies sei offenbar politisch bedingt und beruhe nicht auf finanzpolitischen Überlegungen. Debré selbst verschließe sich der Notwendigkeit einer

1 Zur Vorlage eines gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Entwurfs am 24. August 1967 vgl. Dok. 314.

2 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers mit seinem sowjetischen Amtskollegen am 27. Juni 1967 in New York vgl. Dok. 246.

Zu Überlegungen, ein zeitlich befristetes Nichtverbreitungsabkommen abzuschließen, vgl. Dok. 233.

3 Vgl. dazu Dok. 264, besonders Anm. 23.

4 Zur Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 25. bis 29. September 1967 vgl. Dok. 363, Anm. 18.

5 Zur Tagung am 17./18. Juli 1967 vgl. Dok. 264, Anm. 21.

Regelung nicht, es frage sich aber, ob er die erforderliche Ermächtigung durch seine Regierung erhalten könne. Wenn die deutsche Seite der französischen Regierung deutlich machen könnte, [daß sie] Gefahr liefe, isoliert zu sein, wäre ein Fortschritt wohl möglich. Es gebe z. Z. zwei Kompromißvorschläge, die für die Vereinigten Staaten annehmbar wären, einen italienischen und einen deutschen. Amerikanischerseits sei man bereit, einem „package“ zuzustimmen. Die Vereinigten Staaten würden in der Frage des Vetos entgegenkommen, wenn Frankreich die notwendigen Zugeständnisse in der Frage der Rückhaltungsbedingungen macht. In dieser Frage sei man amerikanischerseits jetzt so weit gegangen, wie man gehen könne, ohne den Zweck der ganzen Reform in Frage zu stellen, nämlich die Schaffung zusätzlicher Liquidität, die von den Zentralbanken als solche auch akzeptiert würde.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß Herr Debré nicht unzugänglich sei. Vielleicht sollte der Bundeswirtschaftsminister vor der nächsten Zusammenkunft der Zehn am 26. August<sup>6</sup> erneut mit ihm sprechen. Er wolle dies mit Bundesminister Schiller erörtern. Er habe den Eindruck, daß man seit der Konferenz der Finanzminister der Sechs in München<sup>7</sup> beträchtliche Fortschritte gemacht habe. Auch General de Gaulle, der noch im Januar eine sehr starre Haltung eingenommen habe, sei bei der Begegnung im Juli<sup>8</sup> flexibler gewesen.

Mr. Fowler wies abschließend darauf hin, daß es sich jetzt um politische Entscheidungen handele. Die Experten hätten getan, was sie tun konnten. Die jetzt zur Erörterung stehenden Pläne stünden im Einklang mit der internationalen Währungspolitik, die man seit dem Zweiten Weltkrieg so erfolgreich betrieben habe.

3) Außenminister Rusk ging auf die Frage über, ob man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß Frankreich die Allianz 1969 verließe, und was gegebenenfalls zu tun sei, um einer gefährlichen Schockwirkung vorzubeugen.

Der Bundeskanzler kam in seiner Erwiderung auf die Ausführungen zurück, die er am Vormittag bereits dem Präsidenten gegenüber gemacht hatte (vgl. DB Nr. 1704 v. 15.8.).<sup>9</sup> Nach seiner Erfahrung pflege General de Gaulle zu mei-

<sup>6</sup> Auf dieser Tagung in London einigten sich die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Zehner-Gruppe einstimmig auf „einen Entwurf zur Vermehrung der monetären Liquidität in der Welt [...]. Zusätzliche automatische Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds sollen als eine goldgarantierte Währungseinheit neben Gold, Dollar und Pfund treten.“ Die Übereinkunft sollte auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 25. bis 29. September 1967 in Rio de Janeiro durch die 106 Mitglieder des IWF „parlamentarisch ratifiziert“ werden. Gleichzeitig wurde am 26. August 1967 beschlossen, daß künftig wichtige Entscheidungen im Internationalen Währungsfonds nur mit einer Mehrheit von 85 % getroffen werden könnten. Dies bedeutete, daß neben den USA nun auch die EG-Staaten, die über fast 17 % der Stimmen verfügten, eine Sperrminorität im IWF erhielten. Vgl. den Artikel „Der Zehnerklub will eine neue Reservewährung schaffen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 198 vom 28. August 1967, S. 9. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 395–397.

<sup>7</sup> Zur Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG-Mitgliedstaaten vom 17./18. April 1967 vgl. Dok. 147, Anm. 17.

<sup>8</sup> Zur Erörterung der monetären Liquidität bei der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 264.

<sup>9</sup> Für das erste Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson vgl. Dok. 301. Für den Drahtbericht des Ministerialdirigenten Sahm, z.Z. Washington, über das erste Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson vgl. VS-Bd. 4212 (II A 6); B 150, Aktenkopi-en 1967.

nen, was er sage. Die Frage, was 1969 geschehen werde, sei zwar nicht unmittelbar erörtert worden, doch habe sich aus den wiedergegebenen Äußerungen des französischen Präsidenten ergeben, daß er nicht beabsichtige, die Allianz zu verlassen. Er sei, fuhr der Bundeskanzler fort, bereit, mit dem französischen Staatschef auch weiterhin über diese Frage zu sprechen.

4) Außenminister Rusk stellte weiter die Frage, wann und in welchem Rahmen erneute Gespräche über den Devisenausgleich für Truppenstationierung geführt werden sollten. Sollten diese Verhandlungen bilateral geführt werden oder wieder dreiseitig? Sollte man versuchen, Regelungen für eine längere Zeitspanne zu finden?

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß der britische Botschafter in Bonn diese Frage mit dem Bundesaußenminister aufgenommen und auch seinerseits die Möglichkeit einer längerfristigen Lösung erörtert habe. Der Bundesminister ergänzte, daß eine längerfristige Lösung den Vorteil größerer Stabilität biete. Mit Rücksicht auf die Allianz seien bilaterale Verhandlungen bei gegenseitiger Information vorzuziehen.

Verteidigungsminister McNamara schloß sich diesem Gedanken an. Im gleichen Sinne äußerte sich Mr. Fowler.

5) Außenminister Rusk erkundigte sich danach, ob die deutsche Verteidigungsplanung aufgrund der neuen Haushaltsansätze<sup>10</sup> so rechtzeitig abgeschlossen sein würde, daß der NATO-Rat seine Entschließungen im Dezember<sup>11</sup> auf dieser Grundlage treffen könnte. Der Bundeskanzler drückte die Hoffnung aus, daß wir den entsprechenden Fragebogen bis zum Termin am 6. Oktober beantworten könnten. Wir seien gewillt, den Alliierten bis zum Jahresende ein klares Bild über unsere Planung zu vermitteln. Die Frage von Außenminister Rusk, ob hierüber auch bilaterale Gespräche stattfinden könnten, wurde vom Bundeskanzler bejaht.

Verteidigungsminister McNamara wies darauf hin, daß die Bundeswehr durch Rationalisierung Einsparungen machen könne. Gewisse Kürzungen der Truppenstärke könnten durch stärkere Heranziehung von Reservisten und Verbesserung des Mobilisierungsverfahrens überkompensiert werden. Man müsse zwischen Redeployment und Truppenverminderung unterscheiden. Einseitige Truppenverminderungen des Westens würden ein sehr ernstes politisches Problem schaffen, da die sowjetische Stärke unvermindert sei. Angesichts dessen dürften natürlich auch Rotationsmaßnahmen auf amerikanischer Seite oder entsprechende Maßnahmen auf unserer Seite (innere Rotation) nicht zu weit gehen. Andernfalls werde die Allianz geschwächt. Er werde über diese Fragen mit seinem deutschen Kollegen bei dem vorgesehenen Besuch in Bonn sprechen.<sup>12</sup>

6) Der Bundeskanzler unterstrich die Bedeutung der präsenten Abwehrkraft, besonders für ein exponiertes Land wie Deutschland. Weite Kreise seien besorgt, daß die zurückverlegten amerikanischen Truppen im Ernstfall nicht rasch

<sup>10</sup> Zum Beschuß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 für die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>11</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1967 vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>12</sup> Zur Verschiebung des Besuchs des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara in Bonn vgl. Dok. 267, Anm. 18.

genug wieder nach Europa gebracht werden könnten. Der Bundesminister ergänzte, daß SACEUR glaube, sich letztlich nur auf präsente Kräfte verlassen zu können. Allerdings würde eine Vorwarnzeit<sup>13</sup> von etwa drei bis sechs Tagen uns die Möglichkeit geben, beträchtliche Reserven zu mobilisieren, wenn auch nur im regionalen Rahmen.

Verteidigungsminister McNamara bemerkte, daß die Frage der politischen Vorwarnzeit noch sehr viel genauer geprüft werden müsse. Ihre Bedeutung reiche über das Problem der Mobilisierung hinaus und erstrecke sich z. B. auch auf die Zeitplanung für den Einsatz nuklearer Waffen.

Außenminister Rusk wies darauf hin, daß eine beiderseitige Truppenverminderung die politische Vorwarnzeit verlängern könnte. Noch vor sechs bis zehn Jahren habe man von diesem Gedanken wenig gehalten, weil der Ostblock eine Einheit gewesen sei. Heute, wo man es mit einem sehr viel lockeren Gebilde zu tun habe, könne die Zurückführung sowjetischer Truppen hinter die Westgrenze der Sowjetunion eine ganz andere praktische Bedeutung gewinnen. Leider sei der Konflikt in Vietnam ein Hindernis für Gespräche mit der Sowjetunion über diese Frage.

Verteidigungsminister McNamara setzte hinzu, daß die politische Vorwarnzeit z. B. auch durch Errichtung von Beobachtungsposten beeinflußt werden könnte.

7) McNamara ging dann auf die Arbeiten der Nuclear Planning Group über und unterstrich deren Bedeutung. Die Vereinigten Staaten hätten volles Verständnis für unser Interesse an voller Beteiligung an der nuklearen Planung, besonders auch mit Bezug auf die Waffen auf deutschem Boden. Darunter falle die Frage eines deutschen Vetos, die man zunächst allerdings bilateral erörtern sollte.<sup>14</sup> Die Vereinigten Staaten seien weiterhin bereit und daran interessiert, in der Nuclear Planning Group aktiv mit den anderen Alliierten zusammenzuarbeiten.

8) Der Bundeskanzler unterstrich, daß es heute die wesentlichste Aufgabe sei, das Vertrauen in die Allianz und das gegenseitige Vertrauen unter den Alliierten wiederherzustellen. Es käme darauf an, sich klar darüber auszusprechen, wo man stehe und wie man denke. Es müsse vermieden werden, daß dauernd grundlose und schädliche Gerüchte in der Presse aufkämen. Es sei nötig, das weitverbreitete Gefühl zu bekämpfen, daß die NATO langsam zugrunde ginge. Es sei möglich, ein neues Vertrauen zu schaffen und es sei auch notwendig, wenn die Öffentlichkeit nicht ihr Zutrauen in die Wirksamkeit des Bündnisses verlieren solle.

Außenminister Rusk stimmte diesen Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers uneingeschränkt zu. Er wies darüber hinaus darauf hin, daß die NATO vielleicht auch solchen Problemen mehr Aufmerksamkeit schenken sollte, die außerhalb ihres geographischen Bereichs lägen. Er wolle damit nicht vorschlagen, daß die Allianz sich an der Bewältigung von Krisen wie in Vietnam oder seinerzeit in Kuba beteiligen solle. Es gäbe aber Regionen, wie den Nahen Osten und Afrika, die dem Allianzgebiet benachbart und von größerer Wich-

13 Zur amerikanischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

14 Zur Frage einer Mitbeteiligung der Bundesregierung an der Entscheidung über den Einsatz von auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierten Kernwaffen vgl. Dok. 24, Anm. 15.

tigkeit für die Alliierten seien. In diesen Bereichen können die Mitglieder des Bündnisses eine größere Rolle spielen. Auf den Hinweis des Bundeskanzlers, daß es eine delikate Frage sei, ob die NATO nur eine militärische Aufgabe habe oder auch eine politische, antwortete Außenminister Rusk, daß sich Probleme der geographischen Abgrenzung auch im Bereich der Seestreitkräfte zeigten. Dies sei ein gutes Beispiel. Es sei sinnlos, wenn beispielsweise Marinemanöver der NATO nur bis zu einer bestimmten gedachten Linie im Atlantik reichten.

[gez.] Sahn

**VS-Bd. 4216 (II A 6)**

303

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson in Washington**

**Geheim**

**16. August 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler traf am 16. August 1967 um 11.00 Uhr zu seinem zweiten Vier-Augen-Gespräch<sup>2</sup> mit Präsident Johnson im Weißen Haus zusammen.

Der Präsident schilderte einleitend kurz seinen Tagesablauf und bemerkte, er arbeite während eines Tages zwei Schichten. Er erklärte ferner seine Bereitschaft, deutsche Pressevertreter zu einem Informationsgespräch zu empfangen.

Der Präsident kam dann wieder unmittelbar auf die Frage der Truppenreduzierung<sup>3</sup> zu sprechen und bezog sich auf einen Artikel der Washington Post vom gleichen Tag, der auf deutschen Informationen beruhen müsse. Dieses Thema bedürfe sehr sorgfältiger Behandlung, um Verstimmungen in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Der Präsident empfahl dem Herrn Bundeskanzler, die am Vortag von ihm gebrauchte Formulierung<sup>4</sup> auch in der Öffentlichkeit zu

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 18. August 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für das Gespräch mit Präsident Johnson am 15. August 1967 vgl. Dok. 301.

<sup>3</sup> Zu den vom Bundeskabinett am 6. Juli 1967 beschlossenen Kürzungen im Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 258.

<sup>4</sup> Am 15. August 1967 faßte Präsident Johnson einen ersten Meinungsaustausch mit Bundeskanzler Kiesinger zum Thema eines möglichen Personalabbau der Bundeswehr zusammen: „The Chancellor said he did not feel it necessary for Germany to reduce her troop strength at all, certainly not by more than 15 000. I (the President) made it clear that I thought there should be no reduction of troops at all. We have made good progress in maintaining our troop strengths so far and we want to continue that way. If the German people, however, feel that they could not avoid reductions this might cause serious problems in the United States which we might possibly not be able to control. [...] It is important that none of us take any action without the other and without consulting with NATO. I do not want to preside over the dismantling of NATO. I would be less than frank if I intimated and I don't want to mislead the Chancellor in giving you any animation that I would have

benutzen, daß nämlich noch keine Entscheidung getroffen sei, und seiner Ansicht nach eine Kürzung der Streitkräfte überhaupt nicht nötig sei.<sup>5</sup> Darüber müsse aber noch im Kabinett, in der NATO und mit den Vereinigten Staaten gesprochen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* ging noch einmal auf die Vorgeschichte ein und sagte, nach seiner Auseinandersetzung mit Schröder<sup>6</sup> habe er noch vor seiner Reise sichergestellt, daß selbst das Verteidigungsministerium im Bedarfsfall nur an Kürzungen von höchstens 15 000 Mann denke.

Der *Präsident* wies darauf hin, daß aus einer Herabsetzung Schwierigkeiten mit den Verbündeten entstehen würden und eine Kettenreaktion unweigerlich die Folge wäre. Zum Schluß wäre die NATO völlig demontiert, und alles wäre nur auf einen deutschen Schritt zurückzuführen. Er würde sich, wäre er an der Stelle des Herrn Bundeskanzlers, in seinen Äußerungen nicht auf eine spezifische Zahl festlegen. Zu seiner Überraschung habe gestern ein Herr aus der Begleitung des Bundeskanzlers sogar von 19 000 gesprochen, was offensichtlich auch schon in die Presse gekommen sei. Hierdurch werde seine eigene Lage erschwert.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er nicht nach Deutschland zurückkehren und den Eindruck entstehen lassen könne, der *Präsident* sei hart gewesen und deshalb habe er nachgegeben. Er könne deshalb nur sagen, was er bereits in Deutschland erklärt habe, daß seiner Ansicht nach eine Reduzierung nicht erforderlich sei, sollte sich aber herausstellen, daß doch gekürzt werden müsse, so nicht in nennenswertem Umfang.

Der *Präsident* machte klar, daß er es ungern sehen würde, wenn die Gegner seiner Politik das deutsche Vorgehen als Vorwand für ihr eigenes Verhalten benutzen würden. Seine Berater hätten ihm gesagt, der Kongreß würde den Anträgen des Präsidenten nicht zustimmen, wenn die Deutschen ihre Streitkräfte kürzten. In Deutschland könne der Herr *Bundeskanzler* sagen, der *Präsident* habe keinerlei Forderungen gestellt, sondern nur gesagt, die Entscheidung darüber, was man in Deutschland für nötig halte, liege bei der deutschen Regierung.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er bleibe bei seiner Feststellung, daß eine nennenswerte Kürzung nicht vorgesehen sei.

Der *Präsident* bemerkte, ein gutes System militärischer Reserven würde das Problem vereinfachen.

Vertraulich sagte der Herr *Bundeskanzler*, seine Generäle hätten ihm gesagt, der Plan einer Truppenverminderung, an den sie bereits im vergangenen Jahr gedacht hätten, sei nicht auf finanzielle Erwägungen, sondern darauf zurück-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1202*

the strength to restrain Mansfield and others from moving the same way as Germany if you decide to cut your troop strength. We hope it will not come to it – we hope and pray.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1753 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 23. August 1967; VS-Bd. 4216 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zu diesbezüglichen Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger am 16. August 1967 in der amerikanischen Fernsehsendung „Meet the Press“ und in einer Rede vor dem „National Press Club“ in Washington vgl. BULLETIN 1967, S. 763–766.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Schreiben vom 11. Juli 1967 an den Bundesminister der Verteidigung; Dok. 267, Anm. 5.

zuführen, daß das Zahlenverhältnis zwischen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren nicht gesund sei. Man habe nicht genügend Unteroffiziere und müßte im Ernstfall einfache Soldaten zu Unteroffizieren machen. Auch die Zahl der Offiziere sei zu gering. Sie hofften, durch eine Verminderung der Truppen und durch die Einführung eines Rotationssystems dieser Schwierigkeit beizukommen.

Der *Präsident* ging dann auf den *Kommuniqué*-Entwurf ein und sagte, er könne die vorliegende Formulierung über die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit nicht akzeptieren. Im Grunde halte er die Äußerung zwar für durchaus richtig, wolle sie aber aus Rücksichtnahme auf die Italiener, Engländer und andere nicht im *Kommuniqué* haben.<sup>7</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, ihm gehe es um eine Harmonisierung. Er wolle de Gaulle gegenüber nicht den Eindruck erwecken, daß er in Bonn oder Paris zu de Gaulle etwas anderes als in Washington zu Johnson sage. Er habe de Gaulle in aller Offenheit gesagt, wie die Dinge stünden.

Der *Präsident* sagte, er halte diese Einstellung für sehr nützlich, und der Herr *Bundeskanzler* könne hilfreiche Brücken bauen. Er selbst empfinde keine Animosität gegen de Gaulle und habe sich in seinen Äußerungen immer sehr zurückgehalten. Ebensowenig wie man gegen seinen Vater kämpfe, wolle er gegen de Gaulle kämpfen. Der Herr *Bundeskanzler* könne durch eine Besserung der Atmosphäre wertvolle Dienste leisten.

Der *Präsident* lud sodann den Herrn *Bundeskanzler* zu einem Spaziergang im Park ein, zeigte ihm aber vorher noch Botschaften, die anlässlich der Nahost-Krise zwischen Moskau und Washington über den „heißen Draht“ ausgetauscht wurden.

Das Gespräch im Park fand ohne Dolmetscher statt.

Der Herr *Bundeskanzler* und der *Präsident* trafen etwa gegen 11.50 Uhr im Kabinettssaal mit den beiden Delegationen zusammen.<sup>8</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 25**

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vom 16. August 1967, in der Frankreich nicht mehr erwähnt wurde, vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON, 1967, II, S. 778 f.

Vgl. auch den Drahtbericht Nr. 1709 des Botschafters Knappestein, Washington, vom 16. August 1967, mit dem die gemeinsame Erklärung übermittelt wurde; B 32, Bd. 256.

<sup>8</sup> In der Tageszeitung „Washington Post“ wurde der Besuch des *Bundeskanzlers* Kiesinger wohlwollend kommentiert: Die „Konsultationslücke zwischen Bonn und Washington“ sei geschlossen worden. Kiesinger habe die mangelnde Absprache mit dem Verbündeten als Fehler bezeichnet, „obwohl jedermann wisse, daß sein hartnäckiger Verteidigungsminister die Zahl 60 000 als Sperrfeuer gegen seine Gegner, die die Bundeswehr reduzieren wollten, verbreitet hatte. Letzten Endes würde wohl die deutsche Truppenstärke etwas verringert. McNamara habe dem *Bundeskanzler* gesagt, er habe erkannt, daß es sich hauptsächlich um ein politisches Problem handele und daß deshalb eine Reduzierung um einige Tausend Soldaten keinen Unterschied machen würde.“ Der Erfolg der Gespräche werde auch der Persönlichkeit von Kiesinger und seiner Fähigkeit, „recht gut“ englisch zu sprechen, zugeschrieben: „Im Gegensatz zu Adenauer, der immer wie ein Eisberg gewirkt habe, und zu Erhard, der sich nie von dem Begriff ‚Gummilöwe‘ hätte freimachen können, sei Kiesinger immer freundlich und manchmal sogar humorvoll (droll) gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1726 des Botschafters Knappestein, Washington, vom 18. August 1967; Referat II A 6, Bd. 256.

## Aufzeichnung des Bundesministers Brandt

**MB 2360/67 VS-vertraulich**

**16. August 1967<sup>1</sup>**

Gespräche mit Außenminister Rusk in Washington am 15. und 16. August 1967

### Osteuropa

Starkes Interesse an unseren in Bukarest und Prag gemachten Erfahrungen. Ermutigung, auf dem beschrittenen Weg weiter zu gehen. USA drängten sich uns nicht auf. Sie seien sich darüber im klaren, daß sich aus ihrer Größe und ihrem Verhältnis zur Sowjetunion Schwierigkeiten ergeben könnten, auf dem Gebiet der europäischen Ost-West-Zusammenarbeit im Einzelfall tätig zu werden. Sie würden in osteuropäischen Hauptstädten nur dann in unserem Sinne tätig werden, wenn wir dies für zweckmäßig hielten und wissen ließen.

Kurze Bezugnahme auf frühere amerikanische Anregung, OECD in den Dienst praktischer Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten zu stellen. Hinweis unsererseits, daß westeuropäische Partner dies gegenwärtig überwiegend nicht für vorteilhaft halten. Amerikaner scheinen dieser Idee weiter nachzugehen. Sie sind mit uns einig, daß die Möglichkeiten der ECE in Genf stärker ausgeschöpft werden sollten. Außerdem interessierten sie sich für die Bemühungen des Generalsekretärs des Europarates<sup>2</sup> und insbesondere für die aus der EWG erwachsende Notwendigkeit gemeinsamer Verhandlungen mit osteuropäischen Staaten.

### Sowjetunion

Unser Eindruck, widersprüchliches Verhalten sowjetischer Vertreter zu deutschen Fragen könnte aus Schwierigkeiten in der Führung der SU zu erklären sein.

Rusk: Washington glaube, eine Reihe von Anhaltspunkten dafür zu haben, daß es in der sowjetischen Führung Schwierigkeiten, wenn nicht gar eine Krise gibt. Die Verabschiedung eines neuen Fünfjahresplanes sei seit langem überfällig. Außerdem gebe es sicherlich Probleme, die sich aus der Nahost-Krise und der dabei erlittenen Prestigeeinbuße ergeben. Es gebe Hinweise dafür, daß in Moskau seit einigen Monaten an einer Überprüfung der gesamten Außenpolitik gearbeitet werde.

Man könne auch davon ausgehen, daß Moskau sich Sorgen mache wegen der weiteren Entwicklung in China. Es handele sich nicht nur um die Gefahr einer machtpolitischen Auseinandersetzung, sondern auch um die Furcht, daß sich aus den gegenwärtigen Wirren ein nichtkommunistisches China ergeben könnte. Mao habe die Partei mit Hilfe der Roten Garden zerstört. Nach dem Fehlschlag der Garden bediene er sich jetzt der Armee, aber diese sei, so meinten einige der sowjetischen Führer, vielleicht auch zu anderen als kommunistischen Entwicklungen fähig.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Peter Smithers.

Rusk erwähnte weiter, man solle die Möglichkeiten de Gaulles gegenüber Moskau nicht überschätzen. Die Russen hätten zu erkennen gegeben, Frankreich sei für sie ziemlich uninteressant.

Man solle überhaupt beachten, daß Europa (und besonders Deutschland) Hauptgegenstand der Kontroversen zwischen USA und SU sei. Europäer hätten ihre eigene Verantwortung, wären aber nicht gut beraten, wenn sie meinten, der Realität entweichen zu können, die sich aus dem Engagement der beiden Weltmächte und aus ihrem – vor allem Europas wegen – weiterbestehenden Interessenkonflikt ergibt.

Sowjetische Propaganda sei gegenüber USA und uns gleichermaßen feindselig. Moskau sei Washington gegenüber bei allen bilateralen Vorhaben sehr zurückhaltend, weniger bei multilateralen Projekten.

#### Vietnam

Keine wesentlich neuen Informationen. Frage nach der öffentlichen Meinung bei uns.

Es vergehe keine Woche, so sagte Rusk, in der er sich nicht mit irgendeinem Fühler nach Hanoi zu befassen habe. Im Augenblick sei nichts Besonderes im Gange. Er halte es jedoch für möglich, daß man in etwa einem Jahr vor einer völlig veränderten Lage stehen und einer Regelung auf dem Boden des Status quo ante nahekommen könnte.

Harriman, der für Friedensfragen in Vietnam zuständig ist, bestätigte den bei früherer Gelegenheit durch Rusk vermittelten Eindruck, die Russen würden bereit sein, an einer friedlichen Regelung mitzuwirken, verfügten aber nicht über ausreichenden Einfluß in Hanoi.

#### Westeuropa

Rezeptives Verhalten zu unseren Darlegungen über EWG-Problematik im Zusammenhang mit Beitrittsgesuch Großbritanniens.

Starke Irritation (nicht nur unter Hinweis auf Kanada) über de Gaulle.<sup>3</sup> Neugier, wie wir meinten, unser Verhältnis zu Frankreich angesichts gegensätzlicher Auffassungen in wichtigen Fragen entwickeln zu können. Vermutung, de Gaulle könnte Austritt aus NATO vorbereiten. Ob man sich nicht auf diese Möglichkeit einstellen sollte?

Rusk, als er begründete, weshalb Frankreich in der gemeinsamen Erklärung nicht ausdrücklich erwähnt werden sollte<sup>4</sup>: „Eine große Macht hat auch ihren Stolz.“

#### NATO

Freundliches Kopfschütteln wegen der Art, in der wir die Fragen des Verteidigungshaushalts und der Truppenstärken<sup>5</sup> behandelt haben. In der Sache nichts,

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des französischen Staatspräsidenten vom 23. bis 26. Juli 1967 in Kanada vgl. Dok. 328, Anm. 4.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 303, besonders Anm. 7.

<sup>5</sup> Zu den am 6. Juli 1967 vom Bundeskabinett beschlossenen Kürzungen bei den geplanten Zuwachsrate im Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 258.

was über Erklärungen Präsident/Bundeskanzler<sup>6</sup> hinausführte. Doppeltes Hauptinteresse des State Department: keine deutsche Entscheidung bzw. Präsentation, die in den USA und innerhalb der Allianz abträgliche Wirkungen haben würde.

Gemeinsames Interesse an gutem Ergebnis der „Harmel-Studien“.

Rusk: Es wäre gut, wenn sich NATO mehr als bisher auch für Entwicklungen außerhalb des Bündnisgebiets interessieren würde. Er habe nicht den Hintergedanken, die Allianz in anderen Teilen der Welt zu engagieren.

Es sei jedoch auf die Dauer nur schwer verständlich, wenn beispielsweise bei den jüngsten Kongo-Unruhen<sup>7</sup> die USA Flugzeuge für die Evakuierung von Europäern einsetzen müßten und europäische Regierungen dies für normal hielten, ohne selbst etwas zu tun.

#### Europäische Sicherheit

Es wurde angeknüpft an Erörterungen der Planer aus den amerikanischen, britischen und deutschen Außenministerien.<sup>8</sup> Die Überlegungen sollen weitergeführt werden. Man war sich einig, daß es politisch bedeutsam wäre, wenn der französische Partner einbezogen werden könnte.

Rusk machte aus seiner Sicht deutlich, daß es sich nicht darum handeln könnte, im Sinne der sowjetischen Vorstellungen den Status quo zu zementieren.<sup>9</sup> Wenn man an die deutsche Frage herangehen wolle, müsse man sich nicht nur über den ersten Schritt, sondern auch über die weiteren Schritte im klaren sein. Im übrigen müßten wir sagen, was wir für möglich halten. Insoweit sei es an uns, „die Führung“ zu übernehmen.

Ich wies auf die große Bedeutung hin, die darin liegen würde, wenn sich die Westmächte nach Jahren wieder, und zwar nicht nur defensiv-verbal, mit dem Zusammenhang zwischen deutschen Fragen und solchen der europäischen Sicherheit befaßten.

Anders als früher betonte Rusk sein Interesse an beiderseitigen Truppenreduzierungen. Diese würden nicht nur psychologische Bedeutung haben, sondern

<sup>6</sup> Zu Äußerungen des Präsidenten Johnson und des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. Dok. 303, besonders Anm. 4 und 5.

<sup>7</sup> Zu den Unruhen in Kinshasa vgl. Dok. 299.

<sup>8</sup> Vertreter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts trafen sich vierteljährlich mit Mitarbeitern des amerikanischen und des britischen Planungsstabs. Zur Zusammenkunft am 17. Juli 1967 in London vgl. Dok. 268 und Dok. 269.

<sup>9</sup> Der amerikanische Außenminister Rusk führte zu diesem Punkt weiter aus: „Die Fragen der Europäischen Sicherheit müssen mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung verbunden bleiben, da diese sonst in eine ferne Zukunft verschoben wird. Die Sowjets ziehen die Erhaltung des Status quo vor, wodurch ein Krebsherd im Herzen Europas bestehen bliebe. [...] Wir müssen die Lösung des Problems organisieren. Aber die Sowjets sind nicht an der Verbindung der beiden Probleme interessiert. Wenn wir uns darauf beschränken, über Détente zu sprechen, befestigen die Sowjets den Status quo.“ Bundesminister Brandt erwiderte darauf, „früher sei die Philosophie maßgebend gewesen, zuerst die deutsche Frage zu lösen. Heute sind wir der Meinung, daß die Lösung des deutschen Problems nicht Voraussetzung für die Erörterung anderer Fragen sei. Die Verbindung der Fragen gelte weiter (kept alive), es gehe aber nicht in erster Linie um die Wiedervereinigung als um eine Lösung der deutschen Frage, die zur Wiedervereinigung führen mag.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung über die Unterredung am 16. August 1967; VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

auch im Zusammenhang mit der „Vorwarnzeit“<sup>10</sup> von Interesse sein. Technisch und politisch habe sich die Problematik im Laufe der letzten Jahre verändert.

Wie beim Vierergespräch in Luxemburg<sup>11</sup> wies ich darauf hin, daß die Russen, wenn wir über Gewaltverzicht sprechen, auch nach den alliierten Streitkräften in der Bundesrepublik fragen. Rusk verhielt sich weiterhin rezeptiv, außer daß er unter Berufung auf die Berlin-Krise die Frage aufwarf, wer damals wohl in dem hier relevanten Sinne zuerst Gewalt angewandt haben würde. Er gab zu, daß das Beispiel nicht relevant sei, da es sich auf die alliierten Rechte in Berlin bzw. auf den Zugang nach Berlin beziehe.

Nahost

Frage, ob wohl stärkeres europäisches Interesse bzw. Engagement zu erwarten sei, wenn sich z. B. herausstellen sollte, daß die SU Raketenbasen in Algerien errichtet.

Eindruck auf amerikanischer Seite, daß sich in der VAR eine sehr moderate Haltung durchsetzen könnte.

Hoffnung, daß Türkei – im Zusammenwirken mit Iran und Pakistan – einen mäßigenden Einfluß auf Araber ausüben könnte.

Nichtverbreitungsvertrag

Rusk war überzeugt, die Sowjets hätten keinen Zusammenhang mit deutschem Besuch in Washington herstellen wollen. Wahrscheinlich handele es sich um Schwerfälligkeit der sowjetischen Bürokratie.

Rusk bestätigte die mit uns getroffenen Vereinbarungen, auch betr. Kontrollen.

Betr. Revisionsklausel hielt er es für wahrscheinlich – falls es bei der von den Sowjets bevorzugten Lösung bleiben sollte –, daß mehr als ein Staat erklärte, er würde sich nicht vorweg Ergänzungen und Änderungen unterwerfen können, denen er nicht zugestimmt habe.

Nachdem bei Besprechungen in Bonn der Geltungsdauer so große Bedeutung beigemessen worden sei<sup>12</sup>, habe er hierüber mit Gromyko gesprochen<sup>13</sup>. Russen seien nicht völlig ablehnend, dächten allerdings an einen ziemlich langen Zeitraum, z. B. 25 Jahre. Rusk meinte, zu dieser Frage würden Wünsche auch noch von anderer Seite kommen.

Er ging davon aus, daß man mit dem Einbringen eines amerikanisch-sowjetischen Vorschlags<sup>14</sup> überhaupt erst am Beginn der eigentlichen Auseinandersetzungen um den Vertrag stehe. Die Sowjets seien gegenwärtig weniger wegen uns als wegen der Inder besorgt. Wir täten gut daran, andere reden zu lassen.

10 Zur amerikanischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

11 Zum Treffen der Außenminister am 13. Juni 1967 anlässlich der NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 219.

12 Vgl. dazu etwa die Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger am 19. Juni 1967 gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee; Dok. 225.

13 Zum Gespräch am 27. Juni 1967 in New York vgl. Dok. 246.

14 Ein gemeinsamer Vertragsentwurf wurde am 24. August 1967 der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vorgelegt. Vgl. dazu Dok. 314.

**Berlin**

Rusk bezog sich auf meine Äußerungen in Luxemburg.<sup>15</sup> Amerikanische Bereitschaft zur Förderung von Vorhaben, die der Stützung von Berlin unter veränderten Bedingungen dienen.

**Waffenhilfe**

Ich brachte Beispiele zur Sprache, die es angezeigt erscheinen lassen, Erklärungen in Washington und Bonn besser aufeinander abzustimmen, d. h. uns nicht mit dem Schwarzen Peter sitzenzulassen.<sup>16</sup>

Rusk stimmte zu, daß wir bei der Reaktion auf zurückliegende Vorgänge besser zusammenwirken müßten. Ich machte klar, wir würden uns in Zukunft noch größere Zurückhaltung auferlegen.

**Konsultationen**

Rusk bezweifelte, ob regelmäßige Begegnungen zwischen leitenden Herren der beiden Außenministerien sinnvoll sein würden.

Er hielt es für wünschenswert, daß die beiden Minister direkten Kontakt miteinander aufnehmen, sobald sich irgendwo ernstere Schwierigkeiten ergeben.

Außerdem meinte er, eine bessere Verbindung zwischen den Botschaftern und den regionalen Referaten der beiden Ministerien sei wünschenswert.

gez. Brandt

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

<sup>15</sup> Zu den Ausführungen des Bundesministers Brandt auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 vgl. Dok. 220.

<sup>16</sup> Bundesminister Brandt führte darüber hinaus zum Thema „Waffenlieferungen in Spannungsbereiche“ aus: „Es wäre hilfreich, wenn wir dort, wo es gerechtfertigt ist, enger zusammenarbeiten würden, um nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. [...] Eine amerikanische Zeitung hat deutsche Hubschrauber-Lieferungen an Israel erwähnt. Die amerikanische Regierung war von diesen Lieferungen unterrichtet. Man sollte entweder gar nichts oder die Wahrheit sagen, nicht aber nur die halbe Wahrheit, wodurch die Last dem Partner aufgebürdet wird.“ Rusk betonte daraufhin, daß die amerikanische Regierung von den Hubschrauber-Lieferungen nur durch Zufall erfahren habe, „durch nachrichtendienstliche Informationen“. Er machte darauf aufmerksam, daß es in den USA, der UdSSR und der Bundesrepublik „einige tausend überzählige Panzer“ gebe, die nicht „über die ganze Welt verstreut“ werden dürften. „Gewissen Transaktionen“ könnten die USA jedoch zustimmen, sie legten allerdings Wert auf rechtzeitige Konsultationen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung über die Unterredung am 16. August 1967; VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

305

### Staatssekretär Lahr an Botschafter Bach, Teheran

**I B 4-82.21-92.18-2508/67 VS-vertraulich**      **Aufgabe: 18. August 1967, 19.18 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 223**

**Citissime**

Sie werden gebeten, Außenminister<sup>2</sup> aufzusuchen und mit ihm im Sinne des Nachfolgenden ein Gespräch zu führen:

- 1) Die Bundesregierung ist darüber beunruhigt, daß die Vorkommnisse beim Staatsbesuch des Schahs<sup>3</sup> sowohl in der Bundesrepublik als auch in ihrem Verhältnis zum Iran weiterhin<sup>4</sup> negative Auswirkungen haben könnten. In beider Hinsicht – innenpolitisch und im Verhältnis zum Iran – ist sie auf das Stärkste daran interessiert, zur<sup>5</sup> Beruhigung beizutragen und etwaige Beeinträchtigung der bisher so freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern abzuwenden. Die Bundesregierung bittet bei diesen Bemühungen um das Verständnis und die Mitwirkung der iranischen Regierung.
- 2) Sie macht sich Sorgen, daß das iranische Begehrten auf Strafverfolgung ihren Bestrebungen entgegenwirken könnte. Sie ist sowohl im Lichte der zu beachtenden Rechtslage als auch in der Perspektive guter deutsch-iranischer Beziehungen zu dem Ergebnis gelangt, daß von Prozessen wegen Beleidigung des Schahs aus folgenden Gründen abgesehen werden sollte:
  - a) Es wäre mit Sicherheit zu erwarten, daß die Angeklagten, die nicht aus eigener Anschauung über die Verhältnisse in Iran urteilen können, aber von extremistischen iranischen Studenten aufgehetzt worden sind und sich zu deren Sprecher machen werden, im Laufe derartiger Beleidigungsprozesse Behauptungen aller Art über die inneren Verhältnisse des Iran und des Kaiserhauses aufzustellen. Nach der in der Bundesrepublik geltenden sehr liberalen Strafprozeßordnung kann die Verteidigung nicht eingeschränkt werden.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Frank konzipiert.  
Hat Ministerialdirektor Thierfelder am 18. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ardeshir Zahedi.

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des Schahs Reza Pahlevi vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 in der Bundesrepublik und zu den Ausschreitungen in Berlin (West) am 2./3. Juni 1967 vgl. Dok. 221, Anm. 3 und 17. Zu Demonstrationen gegen das iranische Staatsoberhaupt kam es auch am 1. Juni 1967 in München. Diese Kundgebung, die den Schah „tief verletzt“ habe, veranlaßte den iranischen Botschafter Malek, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg telefonisch mitzuteilen, daß er Außenminister Zahedi gebeten habe, „ihn unverzüglich von seinem Posten als Botschafter in Deutschland abzulösen“. Vgl. die Aufzeichnung von Meyer-Lindenberg vom 1. Juni 1967; VS-Bd. 2571 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bleibende“.

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „allgemeinen“.

<sup>6</sup> Der Passus „2) Sie macht ... eingeschränkt werden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Die durch die unglücklichen Ereignisse geschaffene Lage ist durch das allgemein gehaltene iranische Begehrten auf Strafverfolgung nicht erleichtert worden. Es hat vielmehr eine Diskussion in einem Teil der deutschen Presse und der deutschen öffentlichen Meinung ausgelöst, die nicht im Sinne einer Beruhigung wirkt. Gleichwohl hat sich das Bundeskabinett damit befaßt, und zwar sowohl im Lichte der zu beach-

- b) Es wäre mit Sicherheit mit erneuten Demonstrationen anlässlich der Gerichtsverhandlungen zu rechnen.
- c) Ein Teil der Presse würde die<sup>7</sup> Prozesse dazu benutzen, Einzelergebnisse solcher Ermittlungen in ungebührlicher Weise hochzuspielen. Wir würden uns einer nicht enden wollenden Agitation gegenübersehen. Dem deutsch-iranischen Verhältnis würde schwerer, vielleicht nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt.<sup>8</sup>

Aus diesen Gründen und vor allem in dem Bestreben, das politische Gut freundschaftlicher deutsch-iranischer Beziehungen zu schützen, bemüht sich die Bundesregierung, eine Lösung zu finden<sup>9</sup>, durch die die entstandene Beunruhigung auf beiden Seiten beseitigt werden kann. Die iranische Regierung sollte es bei dem allgemein gehaltenen Strafverlangen, bei dem Schritte im einzelnen nicht bezeichnet sind, belassen (iranische Note vom 13. Juni 1967<sup>10</sup>). Die Bundesregierung ihrerseits nimmt die Note vom 13. Juni nicht zum Anlaß, eine Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Andererseits ist die deutsche Regierung bemüht, den Gefühlen des Irans Rechnung zu tragen. Hierbei ist zunächst auf die Note des Auswärtigen Amtes<sup>11</sup> und den Brief des Herrn Bundeskanzlers<sup>12</sup> zu verweisen. Die deutsche Regierung hat darüber hinaus ins Auge gefaßt, gegenüber der Öffentlichkeit – z.B. durch die Abgabe einer Erklärung im Parlament im Zusammenhang mit Fragen, die von einem Abgeordneten der Opposition gestellt worden sind<sup>13</sup> – klarend auf die öffentliche

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1210*

tenden Rechtslage als auch in der Perspektive guter deutsch-iranischer Beziehungen in der Zukunft. Die Bundesregierung ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Genehmigung zur Strafverfolgung wegen Beleidigung des Schahs anlässlich seines Staatsbesuchs nicht erteilt werden soll. Von solchen Prozessen sollte aus folgenden Gründen abgesehen werden: a) Es wäre unvermeidlich, daß im Laufe derartiger Beleidigungsprozesse sich Ermittlungen aller Art auf die inneren Verhältnisse des Iran und des Kaiserhauses erstrecken würden. Nach der in der Bundesrepublik geltenden Strafprozeßordnung kann die Verteidigung, die solche Ermittlungen fordert, nicht eingeschränkt werden.“

7 Die Wörter „Ein Teil der Presse würde die“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Die Presse, oder mindestens ein Teil der Presse, würde solche“.

8 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „d) Zu berücksichtigen ist auch, daß die deutschen Studenten nicht aus eigener Anschauung über die Verhältnisse im Iran urteilen können. Sie sind von extremistischen iranischen Studenten aufgehetzt worden.“

9 Die Wörter „eine Lösung zu finden“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine ‚goldene Brücke‘ zu bauen“.

10 Vgl. dazu Dok. 221, Anm. 19.

11 Zur Antwortnote der Bundesregierung vom 14. Juli 1967, in der die Aufnahme von Ermittlungen zugesichert wurde, vgl. Dok. 221, Anm. 20.

12 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 24. Juli 1967 an Schah Mohammed Reza Pahlevi vgl. Dok. 221, Anm. 18.

13 Die Fragen des FDP-Abgeordneten Dorn an die Bundesregierung lauteten: „Beabsichtigt die Bundesregierung, den in der iranischen Note vom 13. Juni 1967 enthaltenen Wunsch des Schahs zu befolgen, die Ermächtigung zur Strafverfolgung derer zu geben, die aus Anlaß des Staatsbesuchs den Schah angeblich beleidigt haben? Treffen Pressemeldungen zu, nach denen deutsche Stellen, z. B. durch Unterrichtung persischer Behörden über Art und Umfang des bereits ermittelten Beweismaterials, Einfluß auf das Zustandekommen der iranischen Note genommen haben? Treffen Pressemeldungen des Inhalts zu, daß nach Auskunft des Dekans der juristischen Fakultät der Universität Köln, Professor Dr. Klug, Staatsanwaltsbehörden bereits Ermittlungen gegen Studenten betreiben und die Betroffenen im Unklaren über die Möglichkeiten der Auskunftsverweigerung lassen?“ Diese Fragen wurden vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen, Jahn, am 8. September 1967 im Deutschen Bundestag beantwortet. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 6078.

Meinung in Deutschland einzuwirken und unter Würdigung der politischen Verdienste der iranischen Regierung und des Schahs sich in einer der deutsch-iranischen Freundschaft entsprechenden Weise an die iranische Adresse zu wenden.<sup>14</sup>

3) Die Bundesregierung wäre außerordentlich dankbar, wenn die iranische Regierung sich mit einem solchen Vorgehen einverstanden erklären könnte.<sup>15</sup> Sie geht von der Überzeugung aus, daß sie damit der Zukunft der deutsch-iranischen Beziehungen am besten dient.<sup>16</sup>

Lahr<sup>17</sup>

**VS-Bd. 2571 (I B 4)**

<sup>14</sup> Der Passus „zu erteilen ... zu wenden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „zu erteilen, sondern wird sich wie bisher (Brief des Herrn Bundeskanzlers) bemühen, auf die öffentliche Meinung in Deutschland klarend und beruhigend einzuwirken und die politischen Verdienste der iranischen Regierung und des Schahs gebührend zu würdigen. Dabei ist gedacht an die Abgabe einer Erklärung im Zusammenhang mit Fragen, die von einem Abgeordneten der Opposition gestellt worden sind.“

<sup>15</sup> Am 4. September 1967 notierte Ministerialdirigent Truckenbrodt, der iranische Botschafter Malek habe ihm telefonisch mitgeteilt, daß das Gespräch des Botschafters Bach, Teheran, mit dem iranischen Außenminister Zahedi in einer „sehr guten Atmosphäre“ stattgefunden habe. Vgl. Referat V 4, Bd. 1210.

Am 20. September 1967 äußerte Malek gegenüber Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, „daß er mit der Übergabe der Note vom 13. Juni und mit der Erläuterung des Strafverlangens seine Pflicht erfüllt habe (wobei der Ton auf ‚erfüllt‘ lag). Der Schah selber werde wohl kaum auf der Durchführung von Strafprozessen gegen die Beleidiger bestehen. Die iranische Regierung [...] werde ihr Strafverlangen zwar nicht förmlich zurücknehmen, auf diesem Verlangen aber auch nicht insistieren.“ Gehlhoff faßte das Ergebnis des Gesprächs so zusammen: „Wir können davon ausgehen, daß in der Frage der Strafverfolgung von Schahbeleidigern [...] jetzt nichts weiter von uns zu unternehmen ist.“ Vgl. die Aufzeichnung von Gehlhoff vom 20. September 1967; VS-Bd. 2571 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „Sie ist auch überzeugt, daß dies auch im Interesse des Irans und des Kaiserhauses liegt.“

<sup>17</sup> Paraphe vom 18. August 1967.

**Bundeskanzler Kiesinger, z.Z. Kreßbronn,  
an Bundesminister Brandt**

22. August 1967<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich habe, wie Sie gewiß aus der Presse entnommen haben, Ihre Äußerungen in Rumänien<sup>2</sup> gedeckt oder, wenn Sie wollen, interpretiert.<sup>3</sup>

Sie wissen, daß ich in den vergangenen Monaten bei verschiedenen Gelegenheiten meine Sorge über terminologische Unklarheiten bezüglich unserer Ostpolitik äußerte. Wir nahmen uns vor, daß wir uns zweckmäßigerweise, wenn auch ohne Pedanterie, auf eine bestimmte Terminologie einigen sollten.

Ich hatte bisher den Eindruck, daß es in der Substanz unserer Politik keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns gäbe. Ich bin mir heute darüber nicht mehr so sicher. Die Reaktion eines Teils der der SPD nahestehenden Presse auf meine gestrigen Äußerungen<sup>4</sup> zeigt mir, daß man jedenfalls dort Ihre politische Konzeption anders versteht. Ein besonders herausragendes Beispiel bietet der Kölner Stadtanzeiger, der sich sogar gegen meine Interpretation der „Realitäten“ auf eine Prager Auslegung beruft.<sup>5</sup>

1 Hat Bundesminister Brandt am 24. August 1967 vorgelegen.

2 Zum Aufenthalt des Bundesministers Brandt vom 3. bis 7. August 1967 in Bukarest vgl. Dok. 292 und Dok. 293.

Am 4. August 1967 hob Brandt in einer Tischrede hervor, daß „bei den Bemühungen um eine europäische Friedensordnung von den gegebenen Realitäten“ ausgegangen werden müsse, und unmittelbar im Anschluß an diesen Passus hinzufügte, daß dies auch für „die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen“, gelte. Brandt erläuterte diese Aussage am 4. August 1967 in einem Interview mit dem Südwestfunk und am Tag darauf in einer Sendung des Deutschen Fernsehens. Für den Wortlaut der Tischrede und für Auszüge aus der Rundfunk- bzw. Fernsehsendung vgl. DzD V/1, S. 1505–1507.

Zur Kritik in der Presse vgl. den Kommentar von Ernst-Ulrich Fromm: „Bukarester Bilanzen“; DIE WELT, Nr. 181 vom 7. August 1967, S. 2. Vgl. dazu auch den in der Wochenzeitschrift „Bayern-Kurier“ veröffentlichten Artikel von Wilfried Scharnagl: „Vor Illusionen wird gewarnt – Genugtuung im Ostblock“; DzD V/1, S. 1542–1544.

3 So wurde am 22. August 1967 in der Presse die Aussage des Bundeskanzlers Kiesinger veröffentlicht, daß „in der Substanz“ kein Widerspruch bestehe zwischen Bundesminister Brandt und der in der Regierung vereinbarten politischen Linie: „Aber die Formel des Außenministers von den Realitäten auf deutschem Boden, von denen man ausgehen müsse, ist nach Meinung des Bundeskanzlers geeignet, Mißverständnisse zu wecken“. Vgl. den Artikel „Kiesinger stellt sich hinter Brandt“; DIE WELT, Nr. 194, S. 1.

4 So wurde am 22. August 1967 gemeldet, daß sich der Bundeskanzler bemühe, „die Auseinandersetzung auf ein Problem der Interpretation zu reduzieren“. Allerdings habe Kiesinger „als sanftes Monitum an seinen Außenminister“ auf die Notwendigkeit hingewiesen, „terminologisch behutsam“ vorzugehen. Vgl. den Artikel von Rolf Breitenstein: „Kiesinger verteidigt Brandt“; FRANKFURTER RUND SCHAU, Nr. 193, S. 1f.

5 Unter der Überschrift „Der Kanzler mahnt Brandt zur Vorsicht“ wurde berichtet, Bundeskanzler Kiesinger habe darauf hingewiesen, „daß die Formel, die Brandt benutzt habe, Mißverständnisse hätte hervorrufen können. [...] Der Außenminister versteht nach Kiesingers Worten unter den Realitäten auf deutschem Boden nicht die Existenz eines zweiten deutschen Staates und die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Neiße-Linie, wie es die andere Seite tue. [...] Die Kritik seines Vorgängers Ludwig Erhard an der Formulierung ‚Deutsche Bundesrepublik‘ im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag hält Kiesinger für eine unnötige Dramatisierung. Es habe sich erwiesen, daß die-

Auch Ihre eigenen Äußerungen in Bremen<sup>6</sup> haben mich aufhorchen lassen.

Sie können sich denken, daß im Lager meiner eigenen politischen Freunde, und zwar keineswegs nur bei den Zaudernden, die Unruhe wächst. Ich werde mich am 4. September sowohl im Parteipräsidium wie im Fraktionsvorstand und dann in der Fraktion zu dieser Problematik äußern müssen. Es gibt in einem Teil der deutschen Presse die deutliche Tendenz, die nicht nur auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sondern auch auf die Anerkennung – schrittweise oder sofort – der „DDR“ drängt. Diese Presse scheint den Versuch zu machen, Ihre Äußerungen in diesem Sinne zu interpretieren. Ich lasse Ihnen eine Zusammenstellung dieser Versuche durch das Presse- und Informationsamt übersenden.

Mir scheint, daß es höchste Zeit ist, daß wir hier reinen Tisch machen und so bald wie möglich der deutschen Öffentlichkeit bestätigen, daß auch die Ostpolitik nach wie vor in Übereinstimmung mit meiner Regierungserklärung<sup>7</sup> geblieben ist.

Ich kenne Ihre Urlaubspläne nicht. Ich selber befindet mich bis zum 4. September in Kreßbronn am Bodensee. Ich werde während dieser Zeit eine Aussprache mit Herrn Wehner über unsere Deutschlandpolitik haben und wäre Ihnen dankbar, wenn auch wir uns noch vor dem 4. September über einige der wichtigsten Aspekte unserer Außenpolitik unterhalten könnten.<sup>8</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Kiesinger

**Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1213*

se Formulierung im tschechoslowakischen Sprachgebrauch ebenso üblich sei wie „Österreichische Bundesrepublik“ oder „Italienische Republik“. Vgl. KÖLNER STADTANZEIGER, Nr. 194 vom 22. August 1967, S. 1f.

6 Bundesminister Brandt führte am 18. August 1967 auf dem Landesparteitag der SPD in Bremen u. a. aus: „Unser Volk denkt übrigens in vielen Fragen weit vernünftiger als mancher, der sich so gern als Gralshüter deutscher Interessen aufspielt. Die Realitäten, auch unangenehme Realitäten zu erkennen und sie in der Politik zu berücksichtigen, schadet nicht den deutschen Interessen, sondern nützt ihnen. Das deutsche Volk kann nichts von solchen Leuten erwarten, deren ganze Weisheit sich darin erschöpft, daß sie heute hier etwas „aufgegeben“ sehen und morgen dort vor „unverantwortlichen Zugeständnissen“ warnen. Ratschläge dieser Art haben allzu lange eine vernünftige Politik behindert.“ Vgl. DzD V/1, S. 1538.

7 Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

8 Im Rückblick äußerte sich Willy Brandt zu der Kritik an seinen Ausführungen vom 4. August 1967: „Während meines Aufenthalts in Bukarest gab es einen der Bonner Stürme im Wasserglas – wegen eines kleinen Zusatzes, den ich in meine Tischrede eingefügt hatte. In meinem vorbereiteten Manuskript hieß es, wir stimmten darin überein, daß man bei dem Problem der europäischen Sicherheit von den bestehenden Realitäten auszugehen hat und daß allen Staaten, unbeschadet ihrer Größe, gleichermaßen bedeutende Aufgaben bei der Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung zufallen“. Dann folgte meine Einfügung: „Das gilt auch für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen“. [...] Der Zusatz ergab sich für mich aus verschiedenen Gesprächen bei Tisch. Ich konnte schon damals nicht verstehen, was daran falsch gewesen sein sollte. Im Abstand fast eines Jahrzehnts wird es nicht leichter, die fast hysterische Reaktion in der Bundeshauptstadt zu begreifen.“ Vgl. BRANDT, Begegnungen, S. 230.

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt****II A 7-2750/67 VS-vertraulich****22. August 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Harmel-Studie;  
hier: Bewertung

Bezug: Drahtbericht der Botschaft Washington Nr. 1659 geh. vom 9.8.1967 –  
AZ: II A 6-82.20-91.36-1653/67 geh., Ziffer III<sup>2</sup>

I. In dem Bezugsbericht wird ausgeführt, daß die zuständigen amerikanischen Stellen der Harmel-Studie große Bedeutung beimesse; nach Auffassung dieser Stellen hänge es nicht zuletzt von unserer Haltung ab, ob Schwierigkeiten, die von französischer Seite bei der Verabschiedung des Berichts gemacht werden könnten, überwunden würden. Angehörige der amerikanischen NATO-Vertretung haben ähnliche Feststellungen getroffen. Freilich dürften die Hoffnungen, die hiesige amerikanische Kreise hinsichtlich deutscher Einwirkungsmöglichkeiten auf die Franzosen hegen, weniger weit gehen.

Die Berichterstattung der Botschaft Washington veranlaßt mich, grundsätzlich auf die Frage einzugehen, welches die Chancen für das Zustandekommen eines positiven Ergebnisses der Studien sind. Daß unsere Interessen am Fortbestand der NATO nach 1969 und an einer fort dauernden Bindung der Verbündeten in der Deutschland- und Berlin-Frage besonders intensiv sind, liegt auf der Hand. Aber auch die anderen Allianz-Partner können nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration und im Hinblick auf die Umgestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West einfach nicht umhin, sich Gedanken über Zukunft und Zielsetzung der Allianz zu machen. Auch der Generalsekretär<sup>3</sup> fühlt sich hierzu verpflichtet.

Ob die im Rahmen der Harmel-Studie angestellten Überlegungen jedoch zu dem besonders von uns angestrebten positiven Ergebnis führen, ist eine andere Frage. Insbesondere bleibt es sehr zweifelhaft, ob die Studie in der Geschichte der NATO einen ähnlichen Markstein darstellen wird, wie 1956 der Bericht der Drei Weisen<sup>4</sup>. Hoffnungen dieser Art werden zwar geäußert; dabei wird aber übersehen, daß die Situation des Jahres 1956 von der des Jahres 1967 grundverschieden ist. Damals: eine durch sowjetischen Druck zusammengehaltene und daher in sich relativ einige Allianz; heute: ein Bündnis, dessen Mitglieder in der Phase der Entspannung zunehmend dazu neigen, inverteidigungspolitischen Fragen und in solchen des Verhältnisses zum Osten eigene Wege zu gehen, wenn nicht Extratouren zu unternehmen. Gewiß konnte bei den bisherigen Verhandlungen der Harmel-Untergruppen<sup>5</sup> festgestellt werden,

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 24. und Ministerialdirigent Sahm am 28. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein vgl. VS-Bd. 4216 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Manlio Brosio.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 282, Anm. 9.

<sup>5</sup> Zur Einsetzung der Untergruppen der „Special Group“ und zur Aufgabenverteilung vgl. Dok. 184.

daß sich die meisten Delegierten mehr oder weniger deutlich zu der Überzeugung bekannten, die NATO müsse auch in einer Entspannungsphase fortbestehen. Auch die Diskussionsteilnehmer aus solchen Ländern, in denen die Frage der Bündniszugehörigkeit nach 1969 innenpolitisch umstritten ist (z.B. Dänemark), ließen sich bei ihren Äußerungen in erster Linie von dem Gedanken leiten, man müsse gerade im Interesse des Fortbestands der Allianz alles unternehmen, um diese in der eigenen Öffentlichkeit attraktiver, d.h. populärer zu machen; diesem Ziele habe der Harmel-Bericht vor allem zu dienen. Ob dieser überwiegend vorhandene gute Wille ausreicht, um die Harmel-Studie wirklich zu einem Erfolg zu führen und der NATO die erhoffte neue Ausstrahlungswirkung zu verleihen, bleibt fraglich.

Vor dem Hintergrund des bisherigen Meinungsaustausches gesehen, wirken die Erfolgschancen des Unternehmens eher blaß. Auch bei wohlwollender Bewertung des bisherigen Diskussionsverlaufs wird man an folgendem nicht vorbeigehen können:

- In substantieller Hinsicht erschöpft sich der Wille zur Reform oft in Lippenbekenntnissen zu engerer Zusammenarbeit und Konsultation. Wirksam wird diese Haltung meist nur dann, wenn sich das erwartete Ergebnis mit festgelegten nationalen Standpunkten deckt. Die meisten Mitgliedstaaten halten sich an die Regel, in politischen Fragen dem Bündnis als solchem nur dann größeren Einfluß einzuräumen, wenn dieser ihrer nationalen Politik zugute kommt.
- In technischer Hinsicht läßt sich nicht absehen, in wieweit das komplizierte Berichtsverfahren in absehbarer Zeit die erhofften Resultate erbringen kann. Zwar ist auf der Sitzung der Rapportoren in Königswinter am 21. Juli 1967<sup>6</sup> insofern ein sehr erfreulicher Fortschritt erzielt worden, als diese sich über den Arbeitsmodus in den kommenden Monaten einig geworden sind. Das Problem besteht aber fort, wie sich die aus nationalen Vertretern bestehenden Untergruppen mit den Rapportoren einigen sollen, die z.T. von ihren Regierungen unabhängig sind und ihre Aufgaben sehr unterschiedlich auffassen.
- In prozeduraler Hinsicht kommt hinzu, daß die Rapportoren zwar beabsichtigen, in eigener Verantwortung zu berichten. Der Gesambericht soll jedoch von der Sondergruppe<sup>7</sup> einstimmig gebilligt werden. Es wird nicht leicht sein, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen, d.h. zu einem Ergebnis zu kommen, das mehr als die Wiederholung bekannter Gemeinplätze enthält.

II. Ich bin unter diesen Umständen skeptisch, ob der Harmel-Bericht eine neue Epoche gemeinsamer NATO-Politik einleiten wird. Wir müssen jedenfalls mit der Möglichkeit rechnen – und das sollten realistischerweise auch die Amerikaner tun – daß ein Bericht zustande kommen wird, dessen Inhalt durch die Formel des niedrigsten gemeinsamen Nenners charakterisiert sein wird.

Dies braucht unserer besonderen Interessenlage nicht zuwiderzulaufen. Gerade der Deutschland-Teil des Berichts dürfte – diesen Eindruck vermittelt jedenfalls die bisherige Diskussion – eine Chance haben, ohne wesentliche Ände-

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 282.

<sup>7</sup> Zur Einrichtung einer Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz auf der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1966 vgl. Dok. 60, Anm. 4.

rungen in der Sache die Zustimmung der Verbündeten zu finden. Damit ist unser nationales Interesse weitgehend berücksichtigt, da wir in der deutschen Öffentlichkeit nicht auf vergleichbare Vorbehalte gegen die NATO stoßen wie einige andere Länder. In allen Fällen, die die Zukunft des Bündnisses als solches betreffen, werden wir uns möglicherweise mit allgemeinen Äußerungen zufrieden geben müssen.

Bereits bei der Verabschiedung des Berichts über die Ost/West-Beziehungen (auf der NATO-Ministertagung im Dezember 1966<sup>8</sup>) stellte sich heraus, daß zwei Alliierte, die Franzosen und die Griechen, zu wesentlichen Berichtsteilen Vorbehalte anmeldeten: die Franzosen wegen des Abschnitts, der die Frage einer Koordinierung der von den einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber dem Osten zu führenden Außenpolitik betraf. Diese Vorbehalte waren nicht aus der Welt zu schaffen. Die entsprechenden Berichtsteile mußten gestrichen werden. Es ist damals vermieden worden, sich mit den Franzosen in grundsätzliche Auseinandersetzungen einzulassen in der Erkenntnis, daß diese nicht einlenken würden, wenn sie einmal die Auffassung gewonnen haben, daß für sie wesentliche nationale Interessen auf dem Spiele stehen. Die griechischen Vorbehalte betrafen die allgemeine „Philosophie“ der Entspannung. Sie gingen von der vorrevolutionären Regierung aus und wurden inhaltlich auch von den Türken geteilt.

Diese Situation kann sich auch im Falle des Harmel-Berichts nur wiederholen. Unseren Einwirkungsmöglichkeiten sind dort unvermeidlich Grenzen gesetzt, wo zentrale französische Interessen berührt werden. Dies ist mit Sicherheit in allen Punkten der Fall, wo detaillierte Erklärungen über die Zukunft der Allianz, wo die Frage der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und wo ganz allgemein die Frage der über bloße Information und Konsultation hinausgehenden politischen Zusammenarbeit berührt werden.<sup>9</sup> Nach meiner Auffassung sollten die Amerikaner in dieser Angelegenheit unsere Einwirkungsmöglichkeiten nicht zu hoch einschätzen.

Das den Harmel-Studien oft zugeschriebene Motto, NATO müsse aus einem militärischen Verteidigungsbündnis in eine politische Organisation, in ein Instrument der Entspannungspolitik umgewandelt werden, ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig:

1) Die NATO ist niemals ein rein militärisches Verteidigungsbündnis gewesen. Der Gedanke, ihre politischen Funktionen zu aktivieren, lag bereits dem Dreizehnen-Bericht von 1956 zugrunde, der auch geeignete Wege und Verfahren hierfür vorschlug. Es dürfte kaum möglich sein, im Rahmen eines Bündnisses

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 16. Dezember 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 42-46.

<sup>9</sup> Am 19. September 1967 sprach NATO-Generalsekretär Brosio gegenüber dem französischen Außenminister die Haltung Frankreichs zur Harmel-Studie an. Die Äußerungen von Couve de Murville zu diesem Thema waren „scharf und pointiert: Frankreich habe dieser Studie im letzten Dezember zugestimmt und habe sich beteiligt, sei jedoch über die seitdem eingetretene Entwicklung beunruhigt. Die Rapportoren zeigten sich „unverantwortlich“ [...]. Was habe man vor, wolle man Frankreich mit Hilfe dieses Unternehmens provozieren?“ Couve de Murville habe hinzugefügt, „daß die atlantische Allianz ein militärisches Verteidigungsbündnis sei und daß es verfehlt sei, ihm alle möglichen politischen Aufgaben aufzubürden. Frankreich werde sich in seiner Politik auf diese Weise nicht binden lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1433 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 21. September 1967; VS-Bd. 4109 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

von 15 souveränen Staaten noch weitergehende Formen der Zusammenarbeit zu finden.

2) Dem Versuch, die politische Seite des Bündnisses zu aktivieren und seine Bedeutung als Verteidigungssystem herabzuspielen, sind gewisse Grenzen gesetzt. Im Grunde besteht eine Interessenhomogenität der Partner auch heute in erster Linie auf dem Gebiete der Verteidigung. Je stärker sich die Allianz politisch zu bestätigen sucht, je stärker muß sich die Heterogenität der politischen Interessen bemerkbar machen. Dies gilt heute in der Phase der Auflöckerung des Ostblocks und der politischen Entspannung des Ost/West-Verhältnisses noch viel mehr als vor einem Jahrzehnt oder gar in den Anfangszeiten der Allianz.

3) Jede Reform der NATO, die notwendigerweise auf intensivierte Zusammenarbeit und Konsolidierung der Allianz auf längere Zeiträume über 1969 hinaus abzielen muß, wirft unter den jetzigen Umständen die Frage der französischen Mitgliedschaft auf. Wir sind die letzten, die daran interessiert sein könnten. Es läßt sich jedoch nicht ganz die Möglichkeit ausschließen, daß es Kräfte in der Allianz gibt, die das Harmel-Unternehmen gerade zu diesem Zwecke betreiben (ich denke an einige Amerikaner und Holländer).

IV. Wir sollten uns daher m. E. hüten, einen „perfekten“ Bericht anzustreben. Davon könnte eventuell eine desintegrierende Wirkung ausgehen, die die erhoffte integrierende Wirkung selbst eines nur allgemein gehaltenen Berichts in Frage stellen könnte. Das Gegenteil dessen, was offiziell angestrebt wird, wäre erreicht. Ohnehin birgt die Diskussion unter Alliierten über die Festlegung von politischen Richtlinien in sich die Gefahr, daß unterschiedliche Auffassungen zu deutlich an- und ausgesprochen werden und damit das Allianzverhältnis auch psychologisch belastet wird. Ich sehe die hieraus resultierenden Gefahren als nachteiliger für die Allianz an, als einen Bericht, der uns und die an dem Fortbestand der NATO interessierten Verbündeten u. U. nicht voll befriedigt.

Entsprechend sollten wir m. E. taktieren, d. h.,

- auf der Erwähnung des Deutschland- und Sicherheitsthemas in unserem Sinne bestehen;
- uns ggfs. mit allgemeinen Feststellungen hinsichtlich der Zukunft und des Bestandes des Bündnisses zufriedengeben;
- ggfs. die in Frage kommenden Verbündeten von ihrem Bestreben nach einem perfektionistischen Bericht unter Hinweis auf die Gefahr des Auseinanderredens abzuhalten.

Ich darf anregen, diesen Bericht der Botschaft Washington zur Kenntnis zu geben und insbesondere die dortige Beurteilung der unter III, 3 geäußerten Vermutungen einzuholen.<sup>10</sup>

Grewe

**VS-Bd. 1657 (II A 7)**

<sup>10</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, führte dazu am 15. September 1967 aus, daß es zwar amerikanische Politiker gebe, die gegenüber Frankreich „einen Kollisionskurs, wenn auch nicht ausdrücklich befürworteten, so doch als unvermeidlich oder zumindest als wahrscheinlich hinstellten“. Dieser Linie seien jedoch weder Präsident Kennedy noch Präsident Johnson gefolgt, ganz im